

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Der Fall Wulff ein Fall von „Bild“ – S. 4*
- *EU und Osteuropa: Polens Außenminister Sikorski für vertiefte EU-Integration – S. 5*
- *Für ein Deserteurs-Denkmal in Hamburg – S. 12*
- *Armut verfestigt sich – S. 18*
- *Globalisierung und linker Diskurs – S. 22*

Ausgabe Nr. 1 am 12. Januar 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „*Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Leiharbeitstarif allgemeinverbindlich

Bundesregierung, 22.12. rül. Kurz vor Weihnachten 2011 hat das Bundeskabinett auf Antrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung den Tariflohn des DGB mit den Leiharbeitsverbänden für allgemeinverbindlich erklärt. Damit gilt dieser Tarifvertrag für alle Beschäftigten und Unternehmen, die Beschäftigte an hiesige Unternehmen verleihen. Die aktuelle Lohnuntergrenze für Leiharbeit beträgt 7,01 Euro in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) und 7,89 Euro in den westlichen Bundesländern. Ab 1.11.2012 steigt der Lohn auf 7,50 Euro in den neuen Ländern und auf 8,19 Euro in den alten Ländern. Gleichzeitig mit dem Beschluss des Kabinetts erinnerte Arbeitsministerin von der Leyen die Arbeitgeber und Gewerkschaften daran, dass bis Ende März 2012 eine Tarifeinigung vorliegen soll, die regelt, ab wann Leihbeschäftigte die gleiche Vergütung wie die Stammbeschäftigten erhalten („Equal Pay“). Bisher gibt es eine solche Regelung nur von der IG BCE mit den Chemie-Arbeitgebern. Wenn solche „Equal-Pay“-Regelungen nicht für alle Branchen bis Ende März 2012 vorliegen, will die Regierung eine Expertenkommission einsetzen, die einen Vorschlag ausarbeiten soll.

Gemeindebund für mehr Kitas, gegen Betreuungsgeld

Berliner Zeitung, 6.1. rül. Der Städte- und Gemeindebund hat sich kritisch über die Entwicklung der Sozialausgaben und die Entwicklung der Haushalte der Kommunen geäußert. „Ohne Einschnitte für alle in diesem Staat“ sei es nicht möglich, der Schuldenfalle zu entkommen, sagte Roland Schäfer, der Präsident des Städte- und Gemeindebundes. 2011 sei das Defizit der Kommunen zwar von 7,7 auf 3 Milliarden Euro bundesweit gesunken. Die Kommunen finanzierten aber immer noch in erheblichem Umfang laufende Ausgaben aus Kassenkrediten, statt diese für Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Die von der Bundesregierung geplante Steuersenkung und das von der CSU verlangte Betreuungsgeld für alle Familien lehnte Schäfer ab. Diese Mittel sollten besser für den Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt werden. Von den bis 2013 zugesagten 750 000 Betreuungsplätzen für Kinder bestünden erst 500 000, sagte er.

„Hedonistische“ Inflationsraten

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1. hav. Der vierteljährliche Preisbericht der FAZ bringt zuweilen interessante Hilfskonstruktionen zu Tage, mit de-

nen die Statistiker Preise nach oben oder unten interpretieren. Am 5. Januar erfahren wir auf Seite 10 etwas über die „hedonische Methode“. Untersucht werden in dem Artikel u.a., welche Preise sich seit der Euro-Einführung nach unten bewegt haben. Wir erfahren, dass es sich dabei vor allem um Elektronikgeräte handelt. Computer hätten sich innerhalb von zehn Jahren um 87%, TV-Geräte um 79%, und eine Waschmaschine um 25% verbilligt. Der Preissenkungseffekt ist allerdings deshalb so groß, weil die Statistiker die höhere Qualität mit berücksichtigen und dafür den Preis nach unten korrigieren. Und genau das nennt man „hedonisch“ in der Statistik. Der entsprechende Wikipedia-Eintrag klärt uns noch weiter auf: „Das Adjektiv stammt zwar vom Begriff Hedonismus, dem Streben nach Sinnenlust und Genuss, hat aber in dieser Interpretation kaum etwas mit diesem gemeinsam. Durch die hedonische Preisbestimmung soll sozusagen der steigende Lustgewinn, der mit Qualitätsverbesserungen einhergeht, erfasst und von der gemessenen Preissteigerung in Abzug gebracht werden.“ Tatsächlich kann sich nämlich der durchschnittliche Jahrespreis eines Produktes verteuert oder zumindest nicht geändert haben. Nur durch die statistische Lustgewinnberechnung sinkt dann der Preis. Diese Art von Inflationsberichterstattung scheint auch für die FAZ einen geschmacklicheren Unterton zu haben, zumindest erfahren wir auch aus dem Artikel, das es „einige“ Kritiker gebe, die kritisieren, das damit die offiziellen Preissteigerungsraten „heruntergerechnet“ werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es die umgekehrte Anwendung bei der Untersuchung der Preise nicht gibt. Qualitätsverschlechterungen (die im Elektronikbereich sicher häufig sind) und damit einhergehend Unlust beim Verbraucher, gehen nicht in die Preisberechnung ein. Das würde die Inflationsrate dann nämlich nach oben treiben. Und das passt dann eher zu den extremen Preissteigerungsraten, die es seit Euroeinführung auch gibt und die das Leben für manch einen so unlustig machen. Leichtes Heizöl ist um 109,5% teurer, Strom um 66%, Benzin um 52% und Kaffee und Butter haben sich um 25% verteuert.

Gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik 2012

IMK. 3.1. hav. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hält die Beschlüsse des EU-Gipfels von Anfang Dezember für unzureichend und in wesentlichen Punkten

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

für falsch. So bremse der massive Sparkurs in immer mehr europäischen Ländern die Konjunktur aus. „Bei steigender Arbeitslosigkeit und schwächeren Steuereinnahmen wird eine Konsolidierung bei den Staatsfinanzen nicht zu erreichen sein“, so heißt es in dem aktuellen wirtschaftspolitischen Report („Den Bann durchbrechen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2012“) des IMK. Das IMK hält ein ganz anderes Instrumentarium für nötig, um gegen die aktuelle Krise vorzugehen. Die Eurländer mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen wie die Niederlande, Finnland, Österreich und insbesondere Deutschland, sollten nicht sparen, sondern die Konjunktur mit mehr Investitionen stabilisieren. In Deutschland sollten Bund, Länder und Gemeinden schon in diesem Jahr die Investitionen in Bildung, Forschung, Kinderbetreuung sowie Infrastruktur ausweiten. Falls sich die Wirtschaftslage weiter drastisch verschlechtern sollte, sei es sogar sinnvoll, ein größeres, möglichst schnell wirkendes befristetes Konjunkturprogramm aufzulegen. Außerdem muss die Einnahmehbasis des Staates durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen gestärkt werden. Das würde die seit Jahren gewachsene „Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung spürbar korrigieren, die zu den Hauptverursachern der jüngsten Krise zu rechnen ist“. Von der höheren Nachfrage aus Deutschland würden auch die Handelspartner im Euroraum profitieren. Damit könne ein erster Schritt zur Balancierung der Leistungsbilanzen gelingen. Zudem sollen die Arbeitsmarktderegulierungen der letzten Jahre korrigiert, das Tarifvertragssystem gestärkt und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Zu guter Letzt soll ein Europäischer Währungsfonds gegründet werden, der verhindert, dass die Leistungsbilanzen der einzelnen Länder aus dem Ruder laufen.

Massaker in Roboski (Qilaban) – Uludere/Sirnak

Die Linke-Abgeordneten im Hamburger Senat, Cansu Özdemir und Robert Jarowoy, sowie die Linke-Abgeordneten im Landtag von NRW, Hamide Akbayir und Ali Atalan, waren vom 31. Dezember bis zum 4. Januar in Türkei-Kurdistan, um sich über einen Luftangriff der türkischen Armee zu informieren, bei dem 35 jugendliche Schmuggler als angebliche PKK-Kämpfer getötet wurden. Hier aus ihrem Bericht:

Der Anlass der Reise, die zum Beginn des Jahres stattfand, war die Ermordung der 35 kurdischen Zivilisten am 28.12.2011 durch Luftangriffe des türkischen Militärs in Uludere-Roboski,



Protest in Hamburg gegen das Massaker der türkischen Armee. Am Freitag, den 30. Dezember fanden in vielen Städten spontan Protestaktionen statt, in Hamburg vor dem türkischen Konsulat, es kamen ca. 400 Menschen. Auch die türkische Linke hat den Protest unterstützt.

an der Grenze zum Irak. Die kurzfristig anberaumte und nur für eine kurze Aufenthaltsdauer vorgesehene Reise fand unter einer hoch angespannten Atmosphäre statt. Der Massaker wurde erst ignoriert und dann verteidigt bzw. relativiert. Das führte bei der kurdischen Bevölkerung zu einem ausgesprochenen Unmut. Statt nach dem Vorfall auf eine friedliche und deeskalierende Strategie zu setzen, hat die derzeitige AKP-Regierung sich öffentlich beim Militär bedankt und die prokurdische Partei BDP angegriffen. Der Stabchef des Militärs erklärte, dass die Tilgung der separatistischen Bewegung konsequent angestrebt und durchgeführt würde.

Die Delegation hat während ihres kurzen Aufenthalts Gespräche mit verschiedenen Institutionen wie dem Menschenrechtsverein IHDDiyarbakir, der kurdischen Partei BDP in Diyarbakir und Sirnak und der Anwaltskammer Sirnak geführt.

Auch mit den Verwandten der Opfer haben wir gesprochen. Servet Encü, der bei dem Massaker 26 seiner Familienangehörigen verloren hat, berichtete uns: „Es ist allen bekannt, dass unsere einzige Einkommensquelle der Handel jenseits der Grenze ist. Das ist seit Jahrzehnten üblich. Auch unsere Väter und Großväter taten das und die Regierung wusste Bescheid. Öl, Zigaretten, Tee, Zucker und andere Lebensmittel gehörten zu den Waren. Wir sind auf dem Hinweg schon von Heron (US-Überwachungsflugzeuge) abgelichtet worden. Die wussten ganz genau, dass wir auf dem Rückweg in unser Dorf wollten. Auf dem Boden hat uns das

Militär die Wege gesperrt, so dass wir uns alle an einem Ort versammelt haben und von der Luft aus wurden wir bombardiert.“

Die Verwandten der anderen Opfer: „Wir wollen unsere Rechte, wir sind auch ein Volk, wir sind auch Menschen, wir wollen Frieden und Freiheit, wir wollen in Würde leben, die Welt und Europa dürfen nicht zuschauen, die Türkei wird im Krieg gegen das kurdische Volk von den westlichen Staaten unterstützt. Die Verantwortlichen dieses Massakers müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen kein Entschädigungsgeld der Regierung, sondern gerechte Lösungen für unsere Probleme. Die vermeintliche Entschädigung betrachten wir als größte Beleidigung unserer gestorbenen Kindern und Familienangehörigen!“

Das Massaker in Uludere-Roboski war kein Versehen, sondern ein bewusster Angriff. Tatsache ist auch, dass dieser Krieg in Kurdistan und damit auch dieser Angriff in Uludere mit der Unterstützung der Nato durchgeführt werden. Die Türkei wird mit allen modernsten Waffen und Technik der Nato versorgt.

Interessanterweise erklärte der USA-Botschafter in Ankara hinsichtlich des Massakers in Uludere, dass er die Linie der türkischen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus voll unterstütze.

Hier sind alle fortschrittlichen, demokratischen und humanitären Kräfte gefragt, gegen diesen schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung vorzugehen und sich mit dem kurdischen Volk zu solidarisieren.

Der Fall Wulff – ein Fall von „Bild“

Verschiebungen im Parteiensystem reizen das Haus Springer. CDU im Stresstest von „Bild“. Medienorgane im Gefolge einer „Bild“-Kampagne. Verschieben sich die Machtgewichte zwischen Parteien, Staatsfunktionen und Presse?

Parteienwettbewerb unter verschärften Bedingungen

Aus dem Drei-Parteien-System der alten BRD ist ein Mehr-Parteien-System geworden. Zuerst etablierten sich die Grünen, dann die Linke. Bei den bayerischen Landtagswahlen erreichten die Freien Wähler zehn Prozent, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus kam die Piratenpartei auf knapp neun Prozent. Beide Parteien wollen es bei den Bundestagswahlen versuchen, beide keineswegs chancenlos. Mit dieser Entwicklung ändern sich die Bräuche der Regierungs- bzw. Koalitionsbildung, und die Regeln des politischen Wettbewerbs offenbaren neue Seiten. Wenn sich die politischen Meinungen der Wählerinnen und Wähler nicht mehr in drei Parteien abbilden können, sondern in fünf, sechs oder sogar sieben, erschwert die Fünf-Prozent-Klausel nicht mehr den Zugang, sondern steuert relevante Kräfte aus. Das erlebten die Grünen in den Neunzigern, die PDS im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, und das sagen die Umfragen jetzt der FDP voraus.

Gegenwärtig bildet das Wahlergebnis häufig die Parteienlandschaft nicht mehr angemessen ab. Das Bundesverfassungsgericht hat darauf mit seinem jüngsten Urteil zum Wegfall dieser Klausel bei Europa-Wahlen Rechnung reagiert. Quell von Unsicherheit sind auch die vervielfältigten Koalitionsmöglichkeiten in den Bundesländern. Sie betreffen die Gesetzgebung in den Fällen, in denen der Bundestag der Mitwirkung des Bundesrates bedarf. Und schließlich: Wenn bei den Bundestagswahlen Direktmandate mit weit weniger als einem Drittel der Stimmen erzielt werden können, gibt es Komplikationen bei der Legitimation und beim Ausrechnen. Prompt landete das Wahlrecht vor dem Bundesverfassungsgericht, das eine Änderung einforderte, die dem jetzigen Bundestag misslungen ist. Fachleute meinen, dass es „nur eine

Frage der Zeit ist, bis bei einer Bundestagswahl die Mehrheitsverhältnisse aufgrund von Überhangmandaten in ihr Gegenteil verkehrt werden“ (www.wahlrecht.de). Sollten sich im Parteiensystem der BRD sechs oder sieben Akteure etablieren, wird ein grundlegend neues Wahlrecht erforderlich sein. Einstweilen kommt es zu Abbildungsfehlern und Verzeichnungen, die Umfragetechnik, die längst steuernder Bestandteil des Wahlsystems geworden ist, tut ein Übriges. Die Bildung von Koalitionen wird schwieriger, bis zu einem gewissen Grade willkürlich, die entstehenden Koalitionen sind nicht stabil, und der in der parlamentarischen Demokratie normale Vorgänge – Regierungsparteien verlieren Popularität – steigert sich: die FDP steht vor dem Untergang. In diesem Licht erscheint die komfortable Mehrheit der Bundesregierung als windige Sache.

Wahlrecht, Staatsrecht und Parteienstruktur

In manchen Ländern gesteht man den Regierungen das Recht zu, Neuwahlen anzusetzen. Das Grundgesetz der BRD will Parlament und Regierung über die volle Legislaturperiode stabilisieren. „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.“ (§ 67 GG). Zu Neuwahlen kommt es, wenn der Amtsinhaber dem Bundestag die Vertrauensfrage stellt und die Mehrheit verfehlt. In diesem Falle „kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.“ (§ 68 GG).

Die parlamentarische Unterstützung von Merkels Europa-Politik wankte

Fast schon wieder vergessen ist der FDP-Mitgliederentscheid, der aus der Bundestagsfraktion der FDP initiiert gegen die Europapolitik der Regierung gerichtet war. Wie sattsam bekannt, gibt es auch in der Unionsfraktion Europazweifel. Bei einem Erfolg hätte Kanzlerin Merkel kaum vermeiden können, die Vertrauensfrage zu stellen. Eine neue Kombination der Kräfte im Parlament oder durch Neuwahlen hätte sich ergeben können.

In allen diesen Fällen wäre der Bundespräsident auf dem politischen Spielfeld erschienen. Die Situation entspannte sich erst, als am 16. Dezember der Ausgang des FDP-Mitgliederentscheids verkündet wurde, die Anti-Europa-Strömung hatte sowohl das Quorum wie die Mehrheit verfehlt. Leserin und Leser sind eingeladen, sich für einen Moment auszumalen, was alles hätte geschehen können, wenn sich die von „Bild“ am 12. Dezember publizierten Zweifel an der Integrität Christian Wulffs sich mit gravierenden Anforderungen an das Amt des Bundespräsidenten überkreuzt hätten. – Tohuwabohu: Laut Wikipedia beschreibt der aus der Bibel entlehnte Ausdruck „die größtmögliche Unordnung, die der ordnenden Hand eines Gottes bedarf“. Eine nahezu ideale Konstellation, um das latente Potential einer Partei rechts von Union und FDP auszuschöpfen, angesichts der Umfragewerte aber auch reizvoll für SPD und Grüne.

SPD und Grüne auf gewundenen Wegen

Nach der Ordnung des Grundgesetzes spielt die Integrität des Bundespräsidenten gerade dann eine Rolle, wenn das System der politischen Willensbildung und Gesetzgebung instabil geworden ist und neu geordnet werden muss. Insofern hatte der Angriff der Bildzeitung seine Logik. Für die Forderungen der politischen Akteure gilt das nicht. Sie wissen ja, dass sie den Bundespräsidenten nicht abwählen oder per Misstrauensantrag aus dem Amt heben werden können. Die Presse und die öffentliche Meinung mögen den Bundespräsidenten für unerträglich halten. Die Politik, insbesondere die Verfassungsorgane, müssen Mensch und Amt respektieren. Je ein Viertel der Mitglieder des Bundestags oder des Bundesrats kann beantragen, ihn „wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht“ anzuklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage braucht dann eine Zweidrittelmehrheit. Diese Möglichkeit haben Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats. Wenn Frontleute der Grünen und der SPD meinen, dass Wulff weg muss, dann müssen sie einen Anklagetext aufsetzen, 25 Prozent der Abgeordneten zur Unterschrift bewegen und in einer Abstimmung zwei Drittel des Bundestags für die Anklageerhebung gewinnen. Dafür sah man die Chance nicht. Stattdessen bot man Merkel Gespräche an, bei denen jemanden als Ablösungsvorschlag für den amtierenden Bundes-

präsidenten auf den Schild gehoben werden sollte; verfassungsrechtlich ganz schön problematisch.

Machtverschiebung zwischen Parteien und Pressorganen

Der Presse muss es freilich freistehen, den Druck der öffentlichen Meinung auf einen Amtsträger zu richten, auch um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Motive sind in dem Zusammenhang uninteressant. Politisch von Interesse ist, wieso in dem Auswahlprozess, der in der repräsentativen Demokratie der Besetzung von Ämtern und Mandaten vorausgeht, die Durchleuchtung der privaten Verhältnisse eine so große und fortwährend noch zunehmende Rolle spielt, so dass fast alle Presseorgane sich im Kielwasser von „Bild“ einordnen.

In der BRD führt der Weg in die Parlamente in aller Regel durch die Parteien. Ihnen – nicht der breiten Öffentlichkeit – obliegt die Auswahl der Wahlbewerberinnen und -bewerber. Diese Funktionsteilung zwischen Wahl und Vorauswahl zieht ihren Sinn auch aus der verschiedenen Zeitdimension. Die allgemeinen, freien und gleichen Wahlen geben eine Momentaufnahme der öffentlichen Meinung. Immerschon war bei der Vorauswahl von Bewerber/innen die Frage wichtig, wie diese in der Wählerschaft ankommen. Aber fest gefügte Parteien können zusätzlich die biografische und inhaltliche Entwicklung ihres Personals über längere Zeiträume im Blick halten. Wird das Parteisystem instabil, wird es in dieser Funktion unsicher. Es kommt zu Missgriffen.

Nun zeigt das Interesse an Einrichtungen wie z.B. „Kandidatenwatch“ oder „Wahlmatten“, dass eine ganze Reihe von Wählerinnen und Wählern einen erheblichen Aufwand treiben wollen, um ihre Wahlentscheidung politisch zu fundieren. Dennoch ist klar, dass Nichtparteimitglieder, in deren Leben die Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen und -strategien eine nachgeordnete Rolle spielen, die Bewerberinnen und Bewerber an Kriterien messen werden, die auch im Alltagsleben gelten.

Da geht es dann um Ehrlichkeit, Lebensführung und Lebensgestaltung usw. Die Ausleuchtung der Lebensführung der Kandidatinnen und Kandidaten – und ganz natürlich auch der Amtsträger – wird sinnvoll. Anlässlich der publikumswirksamen Durchsichtung des Präsidentenhaushalts wird recht deutlich, dass dabei der Zusammenhang der enthüllten Einzelheiten der Lebensführung mit der Amtsführung irgendwie verdunstet. Welche Informationen aus der Lebensführung der politischen Person sind für die Öffentlichkeit relevant? Alle? Keine? Die Grenze, die hier gezogen

werden muss, ist nicht einfach gegeben, sie wird durch das Verhalten von Prominenten, Journalisten und Publikum tagtäglich neu bestimmt.

Wer Parteikörperschaften kennt, wird deren Fähigkeit, Personalauswahl zu treffen, nicht übertrieben hoch bewerten. Dennoch zeigt sich im Parteilieben langfristige Orientierungen, die Verbindung von politischem Mensch und politischem Programm steht zur Debatte. In dieser Funktion können die öffentlichen Medien die Parteien

Polens Außenminister Sikorski für vertiefte EU-Integration

Die beiden folgenden Artikel veröffentlichen die Osteuropanachrichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Dezemberausgabe (siehe auch Leseempfehlung auf der letzten Seite).

Ende November 2011 war Polens Außenminister Radoslaw Sikorski in Berlin zu Gast in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Dort hielt er im Beisein seines bundesdeutschen Amtskollegen eine europapolitische Rede, die international Aufsehen erregte. Sikorski erklärte nämlich, angesichts der tiefen Euro-Krise habe er diesmal keine Angst vor einem ernsthaft handelnden, sondern vor einem tatenlosen Deutschland. Sikorski verstand seinen Redebeitrag auch als wichtige Botschaft am Ende der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.

Die Europäische Union stehe am Rande des Abgrunds, so das eindeutige Urteil des Außenministers. Falle der Euro, falle höchstwahrscheinlich auch die Europäische Union. Deutschland sei das entscheidende Mitgliedsland, um den Euro zu retten. Nicht der Terrorismus, keine russischen Raketen seien die große Gefahr für die EU, sondern der in die Krise geratene Euro. Die Gründerväter des Euros haben, so Sikorski, ein System geschaffen, welches jedes der Euro-Länder an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs bringen könne.

Das bedeute aber zugleich, dass die tiefe Krise, in der die EU sich befinde, wenig mit den EU-Osterweiterungen zu tun habe, die 2004 und 2007 erfolgten. Insbesondere Deutschland sei als EU-Exportmeister ein großer Nutznießer der aus der Erweiterung sich ergebenden neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Sikorski sprach sich für eine weitere und vertiefte EU-Integration aus, was bei einer umfangreichen und tiefgreifenden Reform der EU-Institutionen beginnen müsse. Insbesondere müsse der EU-Parlamentarismus gestärkt werden. Auch die Ausführungsorgane bedürften einer Konzentrierung, so

nicht ersetzen. Ein auf Einzelheiten der Lebensführung erpichtes Interesse können allerdings die Medien – und nur sie – bedienen. Schade ist, dass auch die nachdenklicheren Komponenten der Medienlandschaft „Bild“ folgten und schade ist auch, dass die SPD und die Grünen auf den Köder losgingen.

Eine Republik, in der „Bild“ bestimmt, wer Präsident wird bzw. bleiben darf, ist kein Fall von hoch entwickelter Meinungsfreiheit.

Martin Fochler

würden zwölf EU-Kommissare völlig ausreichend sein. Alleiniger Sitz des EU-Parlaments sollte Brüssel sein.

Die Mitgliedsländer müssten ihre Vorrechte auf Gebieten behalten wie: Religion, nationale Identität, öffentliche Moral usw. Alle anderen Kernbereiche sollten künftig sehr viel stärker einen gemeinsamen EU-Charakter haben.

Sikorski betonte auch den hohen Wert von politischer Bildung auf der europäischen Ebene. Von ihm kam ebenso die Idee des European Endowment for Democracy, die er vor kurzem vor einem anderen Gremium, im Europäischen Parlament, vorgeschlagen hat. Diese Stiftung sollte ein Instrument für die EU-Entwicklungshilfe schaffen.

In Polen wurden die Äußerungen des Außenministers teils heftig diskutiert. Während aus den Reihen der linksgerichteten Opposition Zustimmung gezeigt wurde, forderten Vertreter der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Sikorski vor das Staatstribunal zu stellen. PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski sprach gar von einem Ausnahmezustand, der nun dem Land drohe. Sikorski habe mit seiner Rede die Unabhängigkeit Polens in Frage gestellt.

Joanna Gwiazdecka, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büroleiterin Warschau

Nachbarschaftspolitik und östliche Partnerschaft

Wie entwickelt sich die Osteuropapolitik der Europäischen Union?

Als die Europäische Union 2004 acht mittel- und osteuropäische Staaten in ihre Gemeinschaft aufnahm, bedeutete das eine neue Grenzziehung und die Teilung Osteuropas in zwei Staatengruppen. Denn mit der Aufnahme neuer Mitglieder und den Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien fiel auch

die Entscheidung gegen einen Beitritt der Ukraine, Belarus und Moldaus. Gleichzeitig rückten infolge der Ausdehnung der EU-Grenzen die neuen Nachbarn und die drei Länder des Südkaukasus stärker in das Blickfeld der europäischen Eliten. In welchen Kooperationsformen gestaltet sich seitdem die Osteuropa-Politik der Europäischen Union? Dieser Beitrag soll in aller Kürze Ziele und Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Ostpartnerschaft diskutieren. Wo ihre Grenzen liegen, soll insbesondere das Beispiel der Ukraine zeigen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die wichtigste Strategie der EU, um seit der Erweiterung ihre Interessen in Osteuropa voran zu treiben, ist die Europäische Nachbarschaftspolitik, kurz ENP. Im Rahmen der ENP werden gemeinsame Ziele zwischen der EU und den einzelnen Ländern vereinbart, die in mehrjährigen Aktionsplänen umgesetzt werden sollen. Die ENP basiert primärrechtlich auf der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), auf der Assoziierungspolitik der EG und seit dem Lissabon-Vertrag auch auf Artikel 8 EUV [Nachbarschaftspolitik]. Das EU-Recht bietet allerdings einen großen Spielraum für die politische Ausgestaltung, die weitgehend in den Händen der Europäischen Kommission und des zuständigen Kommissars Štefan Füle liegt.

Eine besondere Problematik der Europäischen Nachbarschaftspolitik liegt in ihrer geografischen Ausdehnung auf insgesamt 16 Länder. In ihr werden die europäischen Länder Ukraine, Belarus und Moldau sowohl mit den Ländern des Südkaukasus als auch mit nichteuropäischen Ländern in Nordafrika und im Nahen Osten in einer Politik zusammengefasst. Dass den osteuropäischen Ländern keine herausgehobene Rolle zugestanden wurde, geht auf einen mitgliedstaatlichen Konflikt im Vorfeld der Osterweiterung zurück.

Die westeuropäischen Mittelmeerränder fürchteten, dass besondere Beziehungen nach Osteuropa das innereuropäische Machtgewicht zugunsten Deutschlands und der neuen Beitrittsländer verschieben könnten. Sie setzten deshalb durch, dass ihre Einfluss-Sphäre – die Länder Nordafrikas und des Nahen Osten – in die neue Politik mit einbezogen wurde.

Im Fall der osteuropäischen Staaten



ist die ENP vor allem eine Nichtbeitrittspolitik. Sie ist die Antwort des europäischen Hegemons auf die Herausforderung, die politischen Eliten dieser Länder zu einer Anpassung an seine eigenen Normen und Werte zu motivieren, ohne eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Dabei sind Erweiterung und ENP zwei Seiten ein und derselben Medaille: Auf beide wird das Konzept der Good Governance angewandt; in beiden Fällen ist Konditionalität die wichtigste Grundlage der Kooperation. Zuspitzen lässt sich die Politik der EU auf die Losung des ehemaligen Kommissionspräsidenten Prodi „Alles außer Institutionen“. Wie die Länder der Erweiterung sollen sich auch die ENP-Länder dem Acquis Communautaire, den gemeinsamen Besitzstand der Union, annähern. Im Gegensatz zu jenen erhalten sie aber keinerlei Mitsprache in den europäischen Institutionen.

Neben der Anpassung an eigene Normen verfolgt die EU mit der ENP das Ziel, einen wirtschaftsfreundlichen und politisch stabilen Raum in ihrer Nachbarschaft zu schaffen. Die verschiedenen Ziele der EU gehen dabei weitgehend Hand in Hand miteinander: Ein demokratischer Rechtsstaat, eine neoliberale Marktwirtschaft und politische Stabilität entsprechen so-

wohl den Werten der EU als auch ihrem Interesse an einem günstigen Investitionsklima in ihren Nachbarstaaten. Doch sie können auch in Konfrontation miteinander geraten: Ein schlanker Staat, wie ihn die ENP propagiert, kann keinen Ausgleich bei sozialen Konflikten schaffen; letztlich setzt er die politische Stabilität aufs Spiel. Indem die ENP auf die Beschränkung staatlicher Regulierung drängt oder im Namen der Stabilität autoritäre Systeme unterstützt, reduziert sie gesellschaftliche Teilhabe und schafft Demokratiedefizite. Was der europäischen Wirtschaft nützt, beschädigt den in der EU herrschenden Werte-Konsens.

Im Rahmender ENP, aber auch darüber hinaus, unternimmt die EU Maßnahmen der Europäischen Union zur Prävention

und Bearbeitung regionaler Konflikte in den östlichen ENP-Ländern. Die EU unterhält derzeit eine Beobachtungsmission in Georgien und eine Mission zur Grenzüberwachung zwischen Moldau und der Ukraine. Die Bilanz der europäischen Konfliktbearbeitung in den osteuropäischen Ländern ist bisher ambivalent: Die Vermittlung der EU konnte weder den Georgien-Krieg verhindern noch die eingefrorenen Konflikte um Transnistrien und Nagorny Karabach lösen. Gleichzeitig wird jedoch von vielen Seiten betont, dass die EU mit vertrauensbildenden Maßnahmen und der Förderung von Kooperation in weniger strittigen Bereichen zur Entschärfung der Nationalitätenkonflikte beigetragen habe.

Die Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft wurde 2009 auf Betreiben Polens und Schwedens ins Leben gerufen. Mit der Konzentration auf die sechs osteuropäischen ENP-Länder wurde ein Äquivalent zur Mittelmeerunion geschaffen und der Versuch gemacht, den Geburtsfehler der ENP, nämlich ihre Undifferenziertheit, zu überwinden. Doch die Erwartungen an die Östliche Partnerschaft waren von Anfang an minimal, und nach mehreren Jahren steht das Projekt weiterhin im Schatten der

ENP. Sein Stellenwert bemisst sich auch an den vorgesehenen Fördermitteln. Bis zum Jahr 2013 können gerade einmal 600 Millionen Euro für Projekte in den so genannten „Partnerländern“ ausgegeben werden. Zum Vergleich: Der ENP stehen für den aktuellen Förderzeitraum etwa 12 Milliarden Euro zur Verfügung.

Noch stärker als die ENP wird die Östliche Partnerschaft von den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten und von aktuellen Konflikten geprägt. Sie ist ein Kind der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder und erhielt daher insbesondere während der polnischen Ratspräsidentschaft 2011 ein hohes Maß an europäischer Aufmerksamkeit. Der jeweilige Zustand der Östlichen Partnerschaft lässt sich auch an den bisherigen beiden Gipfeltreffen ablesen. Blieben 2009 nicht wenige Staats- und Regierungschefs dem Treffen fern, waren zwei Jahre später fast alle anwesend. Die Streitigkeiten zwischen der EU und Belarus, die schon den ersten Gipfel belastet hatten, weiteten sich 2011 so sehr aus, dass sie die gesamte Berichterstattung zum Gipfel prägten.

Die Östliche Partnerschaft basiert weitgehend auf multilateraler Kooperation. Indem dabei auch die Kooperation der Länder untereinander gefördert wird, sollen die jeweiligen Sonderbeziehungen zu Russland aufgebrochen werden. Vom multilateralen Ansatz erhofft sich die EU zudem einen „mobilisierenden Effekt“ auf die osteuropäischen Regierungen, d.h. wie bei der ENP gibt es Ziele, für deren Umsetzung die Länder in eine Art Wettlauf miteinander treten. Die dafür vereinbarten Reformfelder sind Demokratie und politische Stabilität, wirtschaftliche Integration, Energiesicherheit und Völkerverständigung.

Als Anreiz soll Kooperationsangebote auf bilateraler Ebene wirken. Dazu gehört unter anderem die finanzielle Unterstützung politischer Reformen. Weitaus größere Relevanz für die osteuropäischen Länder haben allerdings Versprechen zum Abschluss von Assoziierungs- und Freihandelsabkommen und die Aussicht auf Visaliberalisierung, wobei letztere in der Regel in einem Atemzug mit Rückführungsabkommen genannt wird. Die EU hebt immer wieder hervor, dass die Vereinbarungen partnerschaftlich entstehen und dass sie die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Länder anerkennt. Doch wie bei der ENP wird auch bei der Östlichen Partnerschaft vielfach kritisiert, dass es in der Realität einen undifferenzierten, von der EU vorgelegten Plan für alle Partnerländer gibt.

Die EU und die Ukraine

Als besonders relevant für die EU gelten die Beziehungen zu ihrem größten

osteuropäischen Nachbar, der Ukraine. Enge Kooperation soll die Ukraine an die Werte der EU heranführen und – auch aus sicherheitspolitischen Motiven heraus – verhindern, dass sich die Ukraine dem russischen Machtblock annähert. Dafür reicht die bisherige Integration in europäische Abkommen jedoch bei weitem nicht aus.

Die Ukraine wehrt sich seit Beginn der ENP gegen die in ihren Augen irreführende Bezeichnung als „Nachbar“ oder „osteuropäischer Partner“ der Europäischen Union, werden damit doch ihre Ambitionen auf eine EU-Mitgliedschaft dauerhaft negiert. Die Ukraine hat schon seit Mitte der 90er Jahre immer wieder ihr Beitrittsinteresse gegenüber der EU artikuliert, doch die Kooperation ging nie über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) hinaus. Zu groß ist unter den europäischen Akteuren die Sorge vor den wirtschaftlichen Kosten eines EU-Beitritts der Ukraine; auch gegenüber der Bevölkerung erscheint eine erneute Erweiterung derzeit nicht durchsetzbar.

Bis heute hallen zudem die Fehler der EU in den Folgejahren nach der Orangen Revolution nach. Die Wahl einer demokratischen, europaorientierten Regierung gab der EU damals die einzigartige Chance, die Rechtsstaatlichkeit der Ukraine voranzutreiben. Doch zum einen war der langfristige Aktionsplan der ENP in keiner Weise auf die unerwartete demokratische Entwicklung in der Ukraine zugeschnitten. Zum anderen war die EU überfordert mit einer dysfunktionalen, zerstrittenen Regierung. Sie zögert deshalb, den Pluralismus in der Ukraine weiter zu stärken und deutliche Haltelinien gegen das Aufkommen eines autoritären Überwachungsstaats zu formulieren.

Seit 2007 wird über ein Assoziations- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine verhandelt, doch die Anpassungsbereitschaft der Ukraine ist seit der Rückkehr Wiktor Janukowytschs immer weiter gesunken. In welcher Zwickmühle die Ukraine-Politik der EU heute steckt, zeigten insbesondere die Reaktionen auf die Verurteilung Julia Timoschenkos. So äußerte sich die EU plötzlich erschüttert über die Erosion des Rechtsstaats in der Ukraine und drohte, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen auszusetzen. Doch dieses Abkommen steht nicht wirklich zur Disposition, denn die Aussicht, dass die Ukraine sich stattdessen einer Zollunion mit Russland anschließen könnte, steht im allzu offensichtlichen Widerspruch zu den Interessen der EU-Staaten.

Fazit

Sowohl ENP als auch Östliche Partnerschaft scheitern an der Ambivalenz

der EU in der Frage des EU-Beitritts. So war nach dem Timoschenko-Urteil aus EU-Kreisen auch vielfach zu hören, die Ukraine versperre sich den Weg nach Europa.

Doch welche Wirkung hat eine solche Drohung, wenn es nicht einmal eine langfristige Integrationsperspektive gibt? Darüber hinaus leidet die Kooperation an einem erheblichen Glaubwürdigkeitsproblem der EU: Zu oft schon mussten Rufe nach Rechtsstaatlichkeit hinter der Sicherung der europäischen Gasversorgung oder dem gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus zurückstehen.

Diese falschen Prioritäten der Osteuropapolitik spiegeln sich in den Schwerpunkten der europäischen Nachbarschaftsstrategie wider. Sie stellt entgegen der partnerschaftlichen Rhetorik nicht die Themen und Interessen der Partner in den Mittelpunkt, sondern vor allem die der EU selbst. Welche das sind, zeigt beispielsweise eine Kommunikation der Europäischen Kommission vom September 2011, in der der Ausbau der innenpolitischen Kooperation forciert wird. Schwerpunkte sind unter anderem Grenzmanagement, Asyl und organisiertes Verbrechen.

Die EU betont, dass immerhin ein Großteil der Mittel für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bereit gestellt werden, und ENP und Ostpartnerschaft haben in der Tat viele sinnvolle Projekte auf den Weg gebracht. Doch die dahinterstehende Idee der externen Demokratisierung ist nicht unumstritten. Insbesondere die direkte Kooperation mit der Zivilgesellschaft wird von vielen Ländern als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten empfunden. Vielfach kritisiert wird auch die im Entstehen begriffene Europäische Stiftung für Demokratie (EED). Zu offensichtlich ist die Verbindung zwischen Demokratieförderung und der Umsetzung europäischer Interessen.

Dient Demokratieförderung jedoch tatsächlich nur als Rechtfertigung für eine starke Konditionalität, mit deren Hilfe die neoliberale Hegemonie der EU ausgeweitet werden soll, wird die EU-Nachbarschaftsstrategie auf Dauer nicht erfolgreich sein. Zudem müssten zukünftig auch soziale Fragen wie die Schaffung von Arbeit und die solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken Eingang in europäische Aktionspläne und Fortschrittsberichte halten. Denn nur wenn sie über den unmittelbaren Demokratieansatz hinaus gehen, können ENP und Östliche Partnerschaft nachhaltige Verbesserungen in den osteuropäischen Ländern erzielen und langfristig eine Partnerschaft auf Augenhöhe ermöglichen.

Anna Striethorst, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Hungerlöhne und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen

Im Zeitraum 2010 / 2011 wurden im Auftrag von Oxfam Deutschland 63 Arbeiter/innen befragt, die auf Plantagen und in der Verpackung der ecuadorianischen Bananenproduzenten Dole, Noboa und Reybanpac arbeiteten,



sowie 54 Arbeiter/innen auf deren Zulieferplantagen. „Nach den Aussagen sind die Arbeitsbedingungen dort untragbar und ausbeuterisch“, sagt die Autorin der Oxfam-Studie „Bittere Bananen“, Franziska Humbert, Referentin für soziale Unternehmensverantwortung.

„Besonders problematisch sind Löhne, die nicht ausreichen, eine Familie zu ernähren. Der durchschnittlich gezahlte Nettolohn liegt laut der befragten Bananenarbeiter/innen bei lediglich rund 237 US-Dollar, deutlich unter der staatlich definierten Armutsgrenze von 544 US-Dollar für eine vierköpfige Familie“, so Humbert. Insgesamt gaben 83 Prozent der Befragten ein Familieneinkommen unterhalb der Armutsgrenze an.

Daneben gefährdet der Einsatz von Pestiziden die Gesundheit der Plantagenarbeiter/innen und Anwohner/innen. „Obwohl das ecuadorianische Gesetz dies verbietet, werden immer noch gefährliche Pestizide von Flugzeugen aus auf die Felder gesprüht“, kritisiert Humbert. 90 Prozent der Befragten auf den Zulieferplantagen gaben an, dass dies während ihrer Arbeitszeit erfolgte. Nach Aussage der auf den Plantagen von Noboa Befragten hatten sie keinerlei Schutzkleidung gegen Pestizide oder Arbeitsunfälle erhalten.

Zudem werden Gewerkschaftsrechte massiv unterdrückt, Entlassungen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit sind immer noch an der Tagesordnung. Erst kürzlich wurde der Generalsekretär einer neu gegründeten Gewerkschaft von einem der größten Bananenproduzenten entlassen.

Mitverantwortlich für derart menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

in Ecuador sind deutsche Supermarktketten. Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro kontrollieren rund 90 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels und nutzen diese Macht gegenüber ihren Lieferanten aus, um die Kosten zu drücken. Dies gilt auch für den Import von Bananen. Zwischen vorgegeblicher sozialer Verantwortung und Beschaffungspraxis klafft eine Lücke.

Oxfam fordert von den Supermarktkonzernen soziale Selbstverpflichtungen, die einen fairen Umgang mit Lieferanten und den dort Beschäftigten vorschreiben. Ebenso muss die Bundesregierung handeln: Sie muss die Einhaltung sozialer Mindeststandards innerhalb der Lieferkette gesetzlich vorschreiben und sicherstellen, dass unfaire Einkaufspraktiken kartellrechtlich verboten werden.

(Quelle: <http://www.oxfam.de> Berlin, 30. Dezember 2011)

Italien: „Ich will FIOM bei Fiat“

Fiat, der größte in Italien ansässige transnationale Konzern, hat die FIOM-CGIL, die meistvertretene italienische Metallarbeitergewerkschaft, aus dem gesamten Konzern (80 000 Beschäftigte) ausgeschlossen, weil diese Gewerkschaft eine Vereinbarung nicht unterschrieben hat, die die Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Rechte der Beschäftigten und das Streikrecht verletzt, alle Betriebsvereinbarungen und den nationalen Arbeitsvertrag auslöscht. Ab 1. Januar 2012 können die Beschäftigten nicht mehr direkt im Betrieb bei FIOM Mitglied werden, weil Fiat sich weigert, den Mitgliedsbeitrag an die FIOM zu überweisen (1 500 000 Euro/Jahr). Sie können auch ihre Gewerkschaftsvertretung nicht mehr wählen. Die Mitglieder der FIOM werden diskriminiert und in einigen Standorten werden sie sogar gezwungen, aus dieser Gewerkschaft auszutreten, um ihren Arbeitsplatz zu behalten. Sie haben für ihre Rechte und für Vereinigungsfreiheit gekämpft und demonstriert und werden auch weiterhin dafür kämpfen: sie möchten Unterstützung und Solidarität auf nationaler und internationaler Ebene.

(Quelle: <http://www.labourstart.org>, 18.12.2011)

Britische Gewerkschaft droht BMW mit Arbeitskampf

BMW könnte Ärger mit der britischen Gewerkschaft Unite ins Haus stehen. Die Gewerkschaft will BMW nach eigenen Angaben dazu bewegen, jüngst getroffene Maßnahmen in Bezug auf Pensionszahlungen und die Entlohnung von Leiharbeitern zurückzunehmen. Andernfalls werde Unite eine Protestkampagne starten und schließt auch einen Arbeitskampf nicht aus. Nach Angaben von Unite hatte BMW

die Gewerkschaftsführung darüber in Kenntnis gesetzt, neue Mitarbeiter aus dem bestehenden Pensionssystem ausschließen zu wollen. Darüber hinaus wirft die Gewerkschaft dem Konzern vor, eine Gesetzeslücke auszunutzen und Leiharbeitern auch nach zwölf Wochen im Unternehmen weniger zu zahlen als den fest angestellten Arbeitskräften.

(Quelle: labournet – www.finanznachrichten.de 12.12.2011)

Türkei: Ungerechte Gefängnisstrafe für Gewerkschaftsaktivist/innen

Die 25 Mitglieder der Egitim Sen und der KESK wurden vom Hohen Gericht in Izmir für etwas, das anderswo als legitime Gewerkschaftsaktivität angesehen werden würde, zu sechs Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt. Die Anwälte von Egitim Sen werden vor der nächsten Instanz Berufung einlegen. Sechs weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Die 25 Gewerkschafter/innen waren Teil einer Gruppe von 31 Aktivisten, die seit November 2009 beschuldigt werden, zu einer „illegalen“ kurdischen Organisation zu gehören. Sie wurden auf der Grundlage von ihnen gehörenden Büchern, die man in jedem Buchladen in der Türkei finden kann, sowie aufgrund ihrer Teilnahme an Gewerkschaftstreffen und anderen keineswegs kriminellen Handlungen als „Terroristen“ bezeichnet.

In einem Bericht der „Education International“ (Internationale Erziehungsgewerkschaft, EI) zum Gerichtsprozess im November drückte das International Centre for Trade Union Rights (ICTUR) „Sorge über die strafrechtliche Verfolgung als auch hinsichtlich der Erfolglosigkeit der Staatsanwaltschaft, die vorhandenen Beweise zu einer ernsthaften Anklage zusammenzuführen“ aus. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Versammlungsfreiheit in der Türkei in Gefahr ist und empfiehlt dem Gericht, die Angeklagten in Übereinstimmung mit der Interpretation der Konventionen des ILO-Komitees zur Versammlungsfreiheit freizusprechen, falls es der Staatsanwaltschaft nicht gelingt, die Klage zu detaillieren.

Gabriela Knaut, die UN Sonderbotschafterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, erklärte, dass die „zu enge Beziehung zwischen Richtern und Staatsanwaltschaft (in der Türkei) Fragen in Bezug auf die Einhaltung der Gewaltenteilung“ aufwirft. Internationale Beobachter haben mehrmals darauf hingewiesen, dass es in Bezug auf den Egitim Sen/KESK Fall zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft eine zu geringe Entfernung gebe.

Des weiteren wurden zwei Richter

ausgetauscht, nachdem es so schien, als seien sie den Angeklagten wohlgesonnen. Laut Legitim Sen hat dies zu einer Mehrheit gegen die Gewerkschafter/innen geführt, obwohl der oberste Richter in Opposition dazu stand. Diese Tatsache löst Beunruhigung hinsichtlich der Unabhängigkeit des Gerichts aus.

(Quelle: labourstart.org 18.12.2011)

Argentinien: Arbeitsrechte in der Landwirtschaft gestärkt

Der argentinische Senat hat am Mittwoch ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von Landarbeiterinnen und Landarbeitern entscheidend stärkt. Das Gesetz wurde mit breiter Mehrheit bei nur einer Gegenstimme angenommen. Mit dem Inkrafttreten darf die Arbeitszeit von Beschäftigten im Agrarsektor acht Stunden täglich und 44 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Ab dem 57. Lebensjahr besteht Rentenanspruch, sofern mindestens 25 Jahre gearbeitet wurde. Der Lohn darf den nationalen Mindestlohn nicht unterschreiten. Bezahlung in Rohstoffen, also Ernteerträgen, ist nicht mehr zulässig.

(Quelle: labournet 4.1.2012- amerika21.de 24.12.2011)

China: Streik bei Apple- und IBM-Lieferanten

In China haben rund 1 000 von 3 000 Arbeitern eines Lieferanten der US-Konzerne Apple und IBM, der „Jingmo Electronics Corporation“ in Shenzhen, gegen ihre Arbeitsbedingungen protestiert. Die Beschäftigten in der südlichen Provinz Guangdong legten am 22.11.2011 ihre Arbeit nieder, wie die in New York ansässige Arbeitsrechtsorganisation China Labour Watch am 123.11.2011 erklärte. Sie demonstrieren gegen die Bedingungen in ihrem Unternehmen, das Tastaturen für Apple und IBM herstellt, und besetzten eine

Straße. Die Polizei sei mit Hunderten Polizisten vor Ort gewesen.

Die Beschäftigten protestierten laut China Labour Watch unter anderem gegen angeordnete Überstunden: Die normalen Arbeitszeiten dauern den Angaben zufolge von 7 Uhr bis 18 Uhr mit einer Mittagspause. Zusätzlich seien die Beschäftigten aber gezwungen worden, von 18 Uhr bis Mitternacht und teils sogar bis 2 Uhr morgens zu arbeiten, erklärte China Labour Watch.

Zudem habe sich der Protest der Arbeiter gegen die Entlassung älterer Arbeitnehmer sowie gegen Beleidigungen durch Vorgesetzte gerichtet. Die Leitung des Werks von Jingmo Electronics, das zum taiwanesischen Konzern Jingyuan Computer gehört, sagte den Angaben zufolge mittlerweile Verbesserungen bei den Überstunden zu.

(Quelle: labournet - <http://futurezone.at> 24.11.2011)

Kasachstan: Polizei richtet Massaker unter Ölarbeitern an

Seit mehr als sechs Monaten streiken in der kasachischen Provinz Mangystau Tausende von Ölarbeitern gegen Ausbeutung und für höhere Löhne. Mehr als 1 000 wurden wegen des Streiks gefeuert. Am 16. Dezember griff die Polizei des diktatorischen Regimes eine Kundgebung in der Stadt Zhanaozen (Jañaözen) an. Nach Berichten von Augenzeugen soll es dabei bis zu 70 Tote und 700 bis 800 Verletzte unter den Streikenden und ihren Unterstützern gegeben haben.

Das Massaker in Zhanaozen ereignete sich, nachdem die Polizei am ersten Tag der kasachischen Unabhängigkeitsfeier eine Kundgebung von mehr als 3 000 Menschen mit Tränengas angriff, die sich dort versammelt hatten, um auf die Forderungen der Streikenden aufmerksam zu machen. Als Demonstranten daraufhin eine Festbühne stürmten, eröffnete die Polizei das Feuer mit scharfen Waffen.

Binnen zwei Stunden gab es nach Angaben von Beobachtern mehr als 50 Tote und Hunderte von Verletzten. Im Zuge der Auseinandersetzungen zündeten Demonstranten später unter anderem ein Gebäude der Ölgesellschaft Uzenmunaigaz und den Sitz der Lokalregierung an.

Medien aus der Region berichteten, dass im Laufe des Tages mehr als 1.500 Soldaten mit Panzerfahrzeugen aus der Stadt Aktau nach Zhanaozen verlegt wurden. Über der Stadt kreisten am Nachmittag Hubschrauber. Das Mobilfunknetz soll nach Angaben einer österreichischen Tageszeitung zusammengebrochen sein. Oppositionelle kasachische Medien berichten hingegen, dass systemkritische Websites, soziale Netzwerke und andere Medien im Laufe des Tages gezielt vom herrschenden Nazarbajev-Regime blockiert worden seien. In der gesamten Region um Aktau seien gegen Abend keine Kommunikation mit Mobiltelefonen und kein Internetzugriff mehr möglich gewesen.

Nach dem Einfall des Militärs in die Stadt soll sich bis zum frühen Abend nach Angaben von Augenzeugen die Zahl der Toten auf mindestens 70 erhöht haben. Der Strom in Zhanaozen sei abgeschaltet worden. Gesundheitszentren in der gesamten Region hätten von Blutspenden für die riesige Zahl von Verletzten aufgerufen.

Die Behörden selbst sprechen davon, dass es zehn Tote als Folge eines „Massenchaos“ gegeben habe, als eine Versammlung, die den Unabhängigkeitstag habe feiern wollen, von „einer Gruppe Hooligans“ angegriffen worden sei. Diese seien daraufhin von der Polizei vertrieben worden. Man werde eine Sonderkommission zur „Bestrafung der Verantwortlichen für die Proteste gegen den Staat“ einrichten. Die Berichterstattung der wenigen ausländischen Medien, die überhaupt bislang vom Massaker Notiz nahmen, beschränkt sich häufig auf die ungeprüfte Wiedergabe der offiziellen Verlautbarungen des Regimes.

Nach Angaben von socialistworld.net sind in Folge des Massakers jetzt auch Arbeiter anderer Ölfirmen und Beschäftigte anderer Sektoren in einen Solidaritätsstreik getreten. Die Ölförderung rund um Zhanaozen sei komplett zum Erliegen gekommen. Im Moment würde versucht, einen Generalstreik zu organisieren. Für die kommenden Tage seien überall im Land Protestaktionen gegen das Massaker und zur Unterstützung der Streikenden geplant. In verschiedenen europäischen Städten gab es im Laufe des 16. Dezembers Protestaktionen u.a. vor kasachischen diplomatischen Einrichtungen.

(Quellen: standard.at, socialistworld.ru, The Guardian, <http://www.fau.org>)





Kinderrechte kennen keine Herkunft!

BERLIN. Sie kommen aus Ländern, in denen ihre Rechte massiv verletzt werden, in denen Krieg und Terror herrschen, in denen sie kaum eine Zukunftsperspektive haben. Jetzt sind sie in einem fremden Land. Sie wissen nicht, was aus ihnen werden soll. Etwa 16 000 Kinder warten in Deutschland auf ihre Entscheidung im Asylverfahren. Etwa 24 000 Kinder sind lediglich „geduldet“, also ständig von der Abschiebung bedroht. Diese Kinder brauchen unsere Unterstützung. **Die Kampagne.** Seit 1992 gilt in Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention – allerdings mit Einschränkungen. Vor allem Flüchtlingskinder sind dadurch benachteiligt, im Asylverfahren und im täglichen Leben. Im Mai 2010 nahm die Bundesregierung diese Einschränkungen formal zurück. Doch an der Situation der Kinder will sie nichts ändern. Deshalb fordert die Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“ umfassende Gesetzesänderungen und praktische Verbesserungen. **Die Forderungen.** • Flüchtlingskinder, die ohne Eltern nach Deutschland kommen, brauchen eine auf ihre Bedürfnisse spezialisierte Anlaufstelle. • Der Vorrang des Kindeswohls muss im Aufenthalts- und im Asylrecht verankert werden. • Kinder dürfen nicht in Abschiebungshaft genommen werden. • Wir müssen allen Kindern, die hier aufwachsen, die gleichen Chancen geben, d.h. eine angemessene Grundversorgung und den Zugang zu Ärzten und Bildung. Integration gibt es nur mit Zukunftsperspektive!

www.jetzterrechte.de/die-kampagne/

Offener Brief zur Polizeigewalt in Dessau

DESSAU. Im Namen der Internationalen Liga für Menschenrechte und des Komitees für Grundrechte und Demokratie protestieren wir scharf gegen die entfesselte polizeiliche Gewalt in Dessau am 7. Januar 2012. Im Rahmen einer Gedenkdemonstration an den Tod Oury Jalloh, der sieben Jahre zuvor im Dessauer Polizeigewahrsam verbrannte, wurden die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit

zahlreicher Bürgerinnen und Bürger von der Polizei massiv verletzt. Unter dem willkürlichen Vorwand, es sei gerichtlich verboten, das Motto „Oury Jalloh – das war Mord“ in die Öffentlichkeit zu transportieren, hatte sich die Polizeidirektion grundrechtswidrig die Möglichkeit verschafft, gewaltsam in die friedliche Versammlung einzugreifen. Gleich zu Beginn der Demonstration wurden Teilnehmer und Teilnehmerinnen von der Polizei verletzt. Darunter die Initiatorin der Demonstration und der Versammlungsleiter Mouctar Bah. Im Anschluss an die friedlich verlaufene Demonstration wurden die nach Berlin zurückkehrenden Vorstandsmitglieder der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh von in der Eingangshalle wartenden Polizeibeamten erkenntnisdienlich kontrolliert, körperlich angegriffen und verletzt. Mouctar Bah wurde bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert. Wir fordern das Innenministerium und die im Landtag vertretenen Parteien auf, die schweren Grundrechtsverletzungen, insbesondere im Anschluss an die Demonstration im Hauptbahnhof Dessau aufzuklären, die Verantwortlichen für die Gewalteskalation bis zur Aufklärung vom Dienst zu suspendieren und den geschädigten Bürgerinnen und Bürger eine Entschädigung zukommen zu lassen. Es scheint, als könnte die Polizei in Dessau tun und lassen, was ihr beliebt, z. B. antirassistische Aktivitäten zu diskreditieren und Bürger und Bürgerinnen einzuschüchtern, die auf eine rückhaltlose Aufklärung der Umstände drängen, die zum Tod Oury Jallohs führten. Die Liga und das Grundrechtekomitee fordern nachdrücklich, die Polizei der demokratischen parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Es ist Aufgabe der Politik rechtsstaatliche Maßverhältnisse wiederherzustellen. Das Vorgehen der Polizei in Dessau ist skandalös und

bedarf dringend der Aufklärung. Dies umso mehr als es den Verdacht nährt, dass Vorstandmitglieder der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh gezielt abgefangen und misshandelt wurden.

www.grundrechtekomitee.de

Aktionen für Frieden in Afghanistan

BONN/BERLIN. Zufrieden sind die Veranstalter mit dem Ablauf ihrer Protestdemonstration, Aktionen und Kongress gegen Petersberg II vom 3. bis 5. 12. 2011. „Natürlich hätte sich die Friedensbewegung mehr Beteiligung gewünscht, dafür waren wir aber auf gehaltvolle Weise präsent“, so das Resümee von Mani Stenner vom Netzwerk Friedenkooperative in Bonn. „Es ist uns erfolgreich gelungen, den Petersberg II-Gipfel kritisch zu begleiten. Und das trotz der rigorosen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei. Damit haben wir in diesen Tagen auch das Demonstrationsrecht erfolgreich verteidigt.“ Nachdem das Kabinett die Verlängerung des Afghanistan-Mandats beschlossen hat, wird sich die Friedensbewegung gegenüber dem Deutschen Bundestag für die Ablehnung dieses Antrags einsetzen. Dazu wird die Unterschriftenaktion „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ beendet und die Unterschriften in kreativer Form an die Berliner Politik übergeben. Für den 25. Januar 2012, den Tag der Beratung und Beschlussfassung im Parlament, sind daher eine Pressekonferenz und Protestaktionen in Berlin geplant. Auf der Friedenskonferenz am 4. Dezember 2011, im Rahmen der Proteste gegen die Afghanistan Regierungskonferenz in Bonn, wurde – unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen von in Europa lebenden Afghanen – vereinbart, einen internationalen Friedenskongress zu Afghanistan durchzuführen. Was kann die Friedensbewegung, was kön-



nen zivilgesellschaftliche afghanische Organisationen zu einem Friedensprozess beitragen? Wie kann der Abzug der Interventionstruppen erreicht und zivile Hilfe Sinn bringend eingebracht werden? Auf diese und weitere Fragen versucht der Friedenskongress zu Afghanistan, der voraussichtlich im Herbst 2012 in Bonn stattfinden wird, Antworten zu finden. Die Veranstaltung soll in einem längeren internationalen Prozess vorbereitet werden.

www.afghanistanprotest.de

50 000 Einsprüche gegen AKW-Bau in Polen

Berlin. Es ist kaum zu glauben: Polen will in die Atomkraft einsteigen! Und das, nachdem das Land nach der Wende schon einmal ausgestiegen war und zwei AKW-Bauruinen hinterlassen hat. Offensichtlich sind die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima an den polnischen Verantwortlichen spurlos vorüber gegangen. Hanna Trojanowska, Vize-Wirtschaftsministerin und Sonderbeauftragte der polnischen Regierung für die Atomenergie, will nun auch die Kritiker im Energiewende-Nachbarland Deutschland von der Berechtigung der Pläne überzeugen. Nach ihrer Auffassung sei die Atomkraft „ein Schwungrad für die ganze Wirtschaft und ein technologischer Sprung für die Zivilisation“. Bis zum 4. Januar 2012 hatten deutsche Bürger die Gelegenheit, Stellungnahmen und Einwendungen gegen das Kernenergieprogramm an das polnische Wirtschaftsministerium zu richten. Über die Umweltverbände NABU und BUND, die Bürgerinitiative „Atomkraftfrei leben in der Uckermark“ (AFLUM), und das Umweltinstitut München wurden insgesamt über 50 000 Einsprüche gegen die AKW-Pläne in Polen eingesammelt und an die Behörden weitergeleitet. Allein über das Online-Formular auf www.NABU.de wurden seit kurz vor Weihnachten knapp 1 200 Protest-E-Mails versendet. Nun ist die polnische Regierung aufgefordert, die Einwendungen zu prüfen und die geplante Atomkraftnutzung zu überdenken.

www.nabu.de

Neue Kampagne der VVN für NPD-Verbot

REGENSBURG. Unter dem Motto „NPD-Verbot: Jetzt aber richtig“ startet die VVN-BdA erneut eine Unterschriften-Kampagne für das Verbot der NPD. Der Landesverband Bayern der VVN-BdA beginnt die Unterschriftensammlung am 28. Januar 2012 mit einer Auftakt-Kundgebung auf dem Neupfarrplatz in Regensburg. Bereits 2007 hatten 175 445 Menschen ein neues Verbotungsverfahren nach Art. 21, Abs. 2 gegen die NPD gefordert. Erstunterzeichner war u. a.

der Bischof von Regensburg, Gerhard Müller. 2009 haben 5 405 Bundesbürger ihre persönlichen Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnenseite nonpd.de eingestellt. In Anbetracht der jüngsten Entwicklung sieht die VVN-BdA mehr denn je Veranlassung, nunmehr endlich ein Verbotverfahren durchzuführen. Ebenso nachdrücklich setzt sie sich für eine Abschaltung der als V-Leute tätigen und vom Verfassungsschutz bezahlten Neonazis ein. Es bedarf keiner Informationen der V-Leute, die ohnehin nicht gerichtsverwertbar sind, um ein NPD-Verbot zu begründen. Dazu genügen die offenen Aktivitäten der NPD.

<http://bayern.vvn-bda.de>

Schwerpunkte der Friedensbewegung 2012

KASSEL. Zur Jahreswende veröffentlichte der Bundesausschuss Friedensratschlag sein friedenspolitisches Aktionsprogramm für das neue Jahr. Die **12 Stichpunkte** lauten: **1.** Afghanistan-Krieg beenden. **2.** Militärintervention in Syrien verhindern. **3.** Kein Krieg gegen Iran. **4.** Palästina anerkennen. **5.** Atomwaffen abschaffen – Kernkraftwerke abschalten: Als deutschen Beitrag zur atomaren Abrüstung fordern wir den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der atomaren Teilhabe im Rahmen der Nato. **6.** Die Nato delegitimieren: 20 Jahre nach Auflösung des Warschauer Pakts ist es höchste Zeit, dass auch sein westliches Gegenüber sich aus der Geschichte verabschiedet. **7.** Nein zur europäischen Militärunion. **8.** Keine Interventionsarmee Bundeswehr. **9.** Schluss mit den Rüstungsexporten – Umstellung der Rüstungsproduktion: Die Bundesrepublik Deutschland belegt seit Jahren einen der vordersten Plätze im internationalen Rüstungsgeschäft. **10.** Gegen die Militarisierung von Schule, Hochschule und Gesellschaft. **11.** Gegen Neonazismus und Demokratieabbau. **12.** Die UN-Charta einhalten und die UNO demokratisieren. Das komplette Schwerpunktprogramm ist herunterzuladen auf der Website der AG Friedensforschung

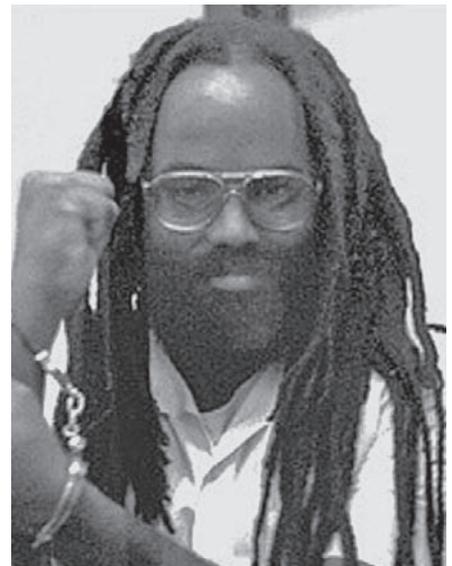
www.ag-friedensforschung.de

21 Volksbegehren und -initiativen Ende 2011

Berlin. Stuttgart 21, Berliner Wasser-tisch, Nachtflugverbot in Brandenburg – im Jahr 2011 sorgten Volksbegehren und -entscheide für Schlagzeilen. Die aktuellen Verfahrenszahlen bestätigen, dass der Wunsch nach Mitbestimmung groß ist: Ende 2011 verzeichnet der Fachverband „Mehr Demokratie“ 21 von unten initiierte Volksbegehren und -initiativen in den deutschen Bundesländern. Besonders aktiv sind der-

zeit die Bürgerinnen und Bürger im Norden Deutschlands: In Schleswig-Holstein laufen sechs, in Hamburg fünf Initiativen. Neben Bildungs- und Infrastrukturfragen geht es bei vielen Volksbegehren um den Ausbau demokratischer Rechte. Zuletzt (9. Dezember) reichte die unter anderem von Mehr Demokratie getragene Hamburger Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ über 15 000 Unterschriften für mehr Informationsfreiheit ein. „Das Jahr 2012 wird direktdemokratisch nicht weniger spannend“, prophezeit Michael Efler, Vorstandssprecher des Vereins „Mehr Demokratie“. Es ständen bereits weitere Initiativen in den Startlöchern. So hat etwa der Berliner Energietisch für Anfang 2012 den Start eines Volksbegehrens angekündigt, das die Energieversorgung wieder in städtische Hand bringen soll. Die Hamburger Transparenz-Initiative will, falls ihre Vorschläge nicht von der Bürgerschaft übernommen werden, in die zweite Stufe der Unterschriftensammlung starten.

www.mehr-demokratie.de



Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal endgültig verhindert

Kurz vor dem 30. Jahrestag der Verhaftung Mumia Abu-Jamals (9. Dezember 1981) ist die Entscheidung der Bundesgerichte rechtskräftig geworden, wonach das Todesurteil vom 3. Juli 1982 in lebenslange Haft umgewandelt wird. Nun wird die Verteidigung neue juristische Schritte in Angriff nehmen, um zu erreichen, dass Mumia nicht bis an sein Lebensende ohne Bewährungsmöglichkeit im Gefängnis bleiben muss. Er muss nach drei Jahrzehnten verschärfter Isolationshaft im Todestrakt freigelassen und für das erlittene Unrecht entschädigt werden! Diese Arbeit kann weiterhin nur aus Spendenmitteln finanziert werden.

www.freedom-now.de/news/artikel666.html

Für ein Deserteurs-Denkmal in Hamburg

Den Deserteur des Zweiten Weltkrieges, Ludwig Baumann, zu hören, ist ein Erlebnis. Dem 90-Jährigen ist auf den ersten Blick nicht anzumerken, wie viel Unmenschlichkeit er erleben musste. Ludwig Baumann wurde 1921 in Hamburg geboren, hier wuchs er auf. 1940 wurde Ludwig Baumann mit 19 Jahren in die Kriegsmarine einberufen und in Frankreich stationiert. Im Frühjahr 1942 versuchte er mit seinem Freund Kurt Oldenburg zusammen, in den unbesetzten Teil Frankreichs zu entfliehen. Eine deutsche Zollstreife fasste sie. Die Verhandlung vor dem Marinegericht am 30.6.1942 dauerte nur 40 Minuten. Marinekriegsrat Dr. Lueder verteilte Baumann und Oldenburg zum Tode. Auf Intervention eines Geschäftsfreundes seines Vaters wurden beide begnadigt, und die Todesurteile am 20.8.1942 in eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren umgewandelt. Erst am 29.4.1943 wurden die beiden darüber unterrichtet. Baumann und Oldenburg kamen ins KZ Emsland, von dort ins Wehrmachtsgefängnis Torgau, wo ab 1943 auch das Reichskriegsgericht tagte. Über 1 300 Wehrmachtsgefangene wurden dort erschossen, erhängt oder enthauptet. „Diejenigen, die Torgau überlebten, die kamen zu den Strafbataillonen. Fast keiner von uns hat überlebt.“ berichtet Ludwig Baumann in einem Interview.¹ „Auch mein Freund Kurt Oldenburg nicht.“ Viele der Überlebenden waren körperlich und seelisch zerbrochen.

Die Wehrmachtsjustiz

Die Wehrmachtsjustiz mit ihren ca. 3 000 Militärrichtern war ein aktives und gefügiges Werkzeug des Faschismus und seines verbrecherischen Angriffskrieges. Die Urteile wegen „unerlaubter Entfernung von der Truppe“, „Fahnenflucht“ und „Wehrkraftzersetzung“ waren geprägt von der NS-Ideologie und der Übereinstimmung mit den Kriegszielen. In einem Todesurteil heißt es beispielsweise: „Wer die Wehrgemeinschaft verlässt, ist ein Volksschädling, und hat kein Recht, ins Volk zurückzukehren.“² Dazu Ludwig Baumann: „Sie haben an uns die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen. Über 30 000 Todesurteile, 23 000 Hinrichtungen und bis zu 100 000 Verurteilte, die Konzentrationslager, Straflager oder Strafbataillone in der Regel nicht überlebten. Viele der Richter haben nach dem Krieg Karriere gemacht. Im Westen ist nicht einer von ihnen bestraft worden. Die Richter, die in der DDR bestraft wurden,

wurden 1992 mit dem ersten sogenannten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz rehabilitiert, auch wenn diese Richter (im Krieg) Todesurteile gefällt haben. Überlebt haben das Grauen in den KZs und Strafbataillonen keine 4 000 von uns.“

Das öffentliche Interesse erwachte erst, als 1978 der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger zurücktreten musste, der als Marinerichter und Ankläger an vier Todesurteilen beteiligt war. Filbinger: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ 1990 gründete Ludwig Baumann mit 36 anderen Überlebenden die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e. V.“ Seitdem läuft der unermüdliche Kampf für die Rehabilitierung der Deserteure. 1991 entschied das Bundessozialgericht, dass die Todesurteile gegen die Deserteure unrechtmäßig, die Militärgerichte Gehilfen des Naziterrors gewesen seien. Den Hinterbliebenen der hingerichteten Soldaten wurde eine Entschädigung zugesprochen. 1998 beschloss der Bundestag das „Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtstaten“, nach dem allerdings Deserteure ein politisches Motiv ihrer Entfernung von der Truppe nachweisen mussten. Erst am 17.5.2002 hob der Bundestag die meisten NS-Gerichtsurteile auf. Doch jene, die des „Kriegsverrats“ für schuldig befunden worden waren, blieben weiterhin ausgeklammert. Erst am 8.9.2009, 64 Jahre nach Ende des Krieges, wurden die entsprechenden Urteile aufgehoben.

Hamburg

Aus Hamburg, berichtet Ludwig Baumann,³ stammten viele Wehrmachtsdeserteure. 350 sind aktenkundig, er vermutet weit mehr, 200 von ihnen wurden hingerichtet. Die Erschießungen fanden auf dem Schießplatz am Höltigbaum in Rahlstedt statt. Auf dem ehemaligen Schießplatz Höltigbaum gibt es, nachdem der dortige Bundeswehr-Standort aufgegeben wurde, eine kleine Gedenktafel mit dem Text: „Auf den Schießständen des Übungsplatzes wurden beginnend mit dem Jahr 1940 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mindestens 330 Wehrmachtsangehörige, aber auch Kriegsgefangene hingerichtet. Die Todesurteile fällten Kriegsgerichte der Wehrmacht in Hamburg, Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung waren zu meist die Gründe. Aus Soldaten der umliegenden Kasernen bildete man die Hinrichtungskommandos. Kurz vor Kriegsende, am 28. April 1945, fanden die letzten Exekutionen statt.“ Weitere 40 Deserteure wurden im Innenhof des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis geköpft. Genaueres werden die aktuell laufenden Forschungen ans Tageslicht befördern.

Im Sommer 2010 gründete sich in Hamburg das „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“,⁴ dem mittlerweile 17 Organisationen beigetreten sind. Das Bündnis veranstaltete diverse Friedensfeste und Veranstaltungen, zuletzt eine Veranstaltungswoche vom 12. bis 19. November 2011.

Vom Schicksal der Wehrmachts-Deserteure handelte die Ausstellung „Entfernung von der Truppe“, die in der Harburger Bücherhalle gezeigt und in der besonders auf Biographien von Deserteuren aus Harburg und Wilhelmsburg eingegangen wurde. Zum „Tag des offenen Denkmals“ am 11.9.2011 führte das Bündnis am Kriegsklotz am Dammtor sein 3. Friedensfest durch, wobei auch der Chor Hamburger GewerkschafterInnen auftrat. Am 76er Denkmal wurde eine lebensgroße Deserteursfigur befestigt, die entgegengesetzt zu den Marschierern läuft.

Ein Deserteursdenkmal am Kriegsklotz

Das 76er-Kriegerdenkmal am Dammtor ist seit jeher ein Klotz des Anstoßes. Auf der offiziellen Tafel am Klotz steht zu lesen: „Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde 1934 ein Wettbewerb für ein Denkmal für das Hamburger Infanterieregiment 76 ausgeschrieben. Teilneh-

DATEUM 26.01.2012 ORT IDA EHRE SCHULE, HAMBURG, PAUSENHALLE, LEHMWEG 14 ZEIT 12.00 UHR

mer sollten ‚reichsdeutsche arische Architekten und Bildhauer‘ sein. Der NS-Senat genehmigte den Entwurf eines Denkmalblocks von Richard Kuöhl. Die umlaufende Darstellung, Soldaten in Marschuniform sowie die Inschriften ‚Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen‘ und ‚Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft‘ zeigen die kriegsvorbereitende NS-Propaganda. Am 15. März 1936 wurde das Denkmal mit einer Militärparade eingeweiht. ... Nach 1945 wurde immer wieder die Zerstörung des Denkmals mit der Begründung gefordert, es verherrliche Militarismus und Heldentod. Der Senat entschied, das Denkmal als Zeugnis der Geschichte am Ort zu belassen, es jedoch zu kommentieren. Auf Empfehlung der Hamburger Kunstkommission wurde der Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka beauftragt, den Platz so umzugestalten, dass aus einer Kriegsverherrlichung ein Mahnmal gegen den Krieg wird. ... Zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 wurde der ‚Hamburger Feuersturm‘, am 29. September 1986 die Skulptur ‚Untergang von KZ-Häftlingen‘ errichtet. Nur diese beiden (der geplanten 4) wurden realisiert.“

Am 14.11.2011 war zu einer Podiumsdiskussion in die Uni Hamburg eingeladen worden: „Krieg nicht verklären – Deserteure ehren. Kriegerdenkmal und Gedenkmal am Stephansplatz – ein Ort für das in Hamburg fehlende Deserteursdenkmal?“ Die Debatte fand ein positives Ergebnis: Die Vertreter aller in die Bürgerschaft gewählten Parteien sprachen sich dafür aus, dass in Hamburg ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht errichtet werden und dass dieses die Funktion eines Gegen-Denkmal zum Kriegsklotz haben sollte. Es gelte die zu ehren, die ermordet wurden, weil sie sich dem verbrecherischen Krieg verweigert hätten. Norbert Hackbusch (Die Linke) kündigte als Vorsitzender des Kulturausschusses der Hansestadt anschließend an, er werde auf dessen nächster Sitzung eine Expertenanhörung zu diesem Thema vorschlagen.

Aber das Deserteursdenkmal zu realisieren, wird trotzdem noch vielfache Aktivitäten erfordern.

„Wir werden nie mehr antreten auf einen Pfiff hin und Jawohl sagen auf ein Gebrüll.“

Wolfgang Borchert, Hamburg 1947

- 1 Dietmar Buttler in Junge Welt, 30.8.2011
- 2 Vortrag von Dr. Magnus Koch in der Uni Hamburg vom 17.11.2011
- 3 Ulrike Grammann in ND vom 13.12.2011
- 4 Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal: www.Feindbegünstigung.de, Kontakt über die willi@bredelgesellschaft.de

*Wolfgang Erdmann
23.12.2011*

Urteil zur Erhöhung der Mietobergrenzen

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg hat in seiner Sitzung vom 13.12.2011 die sogenannten „Mietobergrenzen“ (MOG) erhöht und dazugehörige Beschlüsse gefasst, die für wohnungspolitische Initiativen in anderen Kommunen interessant sein können. Die Stadtverwaltung hat den Antrag aber nicht freiwillig vorgelegt, sondern wurde per Gerichtsbeschluss in Zugzwang gebracht.

Empfänger von Leistungen der Grundversicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) erhalten vom Jobcenter den Regelbedarf und Geld für die Miete. Die Miete wird aber nur dann voll übernommen, wenn sie „angemessen“ ist. Der nicht angemessene Teil muss notfalls aus dem Regelbedarf, gezahlt werden. Die Unterkunftskosten werden zwar vom Jobcenter bewilligt und ausgezahlt. Eigentlich ist aber die Stadt zuständig. Das heißt, dass die Stadt dem Jobcenter die Kosten für die Miete von Hartz-IV-Empfängern erstattet. Bis zu welcher Höhe eine Miete angemessen ist, legt die Stadt Freiburg fest. Das Jobcenter ist daran gebunden. Die Stadt hatte die MOG bislang ohne jede Prüfung, ob Wohnungen zu diesen Mieten in Freiburg überhaupt angeboten werden, festgesetzt. Mit der Einführung von Hartz IV 2005 hat die Stadtverwaltung als zulässige Kaltmiete den von der Sozialhilfe festgelegten Wert von 5,62 €/qm, übernommen. Diese viel zu niedrige Obergrenze führte dazu, dass viele BezieherInnen von Alg II eine Aufforderung bekamen, ihre Miete zu senken, heißt sich eine neue Wohnung zu suchen, oder den höheren Mietpreis aus dem kargen Hartz IV-Geld zu zahlen, was natürlich unmöglich war. Man muss dabei wissen, dass in Freiburg fast 44% des Einkommens für die Miete draufgeht, entsprechend finden Hartz IV-Empfänger keine „angemessene“ Wohnung. Eine Flut von sogenannten Mietsenkungsverfahren war die Folge.

Gegen diese Art von Festsetzung der MOG wurde geklagt. Das Sozialgericht Freiburg und das Landessozialgericht in Stuttgart hatten dieses Verfahren nicht beanstandet. Jedoch am 13.4.2011, viereinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Konzeptes zur Bestimmung der MOG in Freiburg hatte das Bundessozialgericht (BSG) klargestellt, dass es so nicht geht.

Diese Entscheidung ist vor allem ein Erfolg des „Runden Tisches zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“ (Runder Tisch), dessen Studie von 2006 „Die Chancen von BezieherInnen von ALG II auf dem freien Wohnungsmarkt in der Stadt Freiburg“ im Verfahren eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Das BSG hat für die Mietspiegel 2007 und 2009 ausgeführt, dass ein qualifizierter Mietspiegel zwar grundsätzlich ein schlüssiges Konzept sei, wenn die

Basismiete nach dem Mietspiegel zugrunde gelegt wird. Bei Abschlägen von der Basismiete sei aber zusätzlich ein Nachweis nötig, dass es Wohnungen mit der angenommenen Ausstattung, zu dem angenommenen Preis auch in ausreichender Zahl gebe. Zudem fehle es an einer Ermittlung der ortsüblichen kalten Nebenkosten, die der angemessenen Miete hinzuzurechnen seien. Erst das Ergebnis von Quadratmeterpreis und kalten Nebenkosten ergäbe insgesamt die angemessene Miete. Auf diese Anforderungen hat die Stadtverwaltung mit dem Einbringen der Vorlage in den Gemeinderat reagiert. Was wurde nun beschlossen? Die MOG wird zunächst übergangsweise an die Basismiete des Mietspiegels 2011 gekoppelt. Dazu ein Beispiel: Für die Miete einer 60-Quadratmeter-Wohnung gab es bisher 397 Euro, zukünftig sind es 435 Euro. Der Leiter des Freiburger Sozialamtes geht davon aus, dass etwa 1800 Leute von der Erhöhung der MOG profitieren. Die Stadtverwaltung geht von Mehrkosten in Höhe von 500 000 € jährlich aus. Für 2013 soll ein neuer, sogenannter grundsicherungsrelevanter Mietspiegel erstellt werden.

Das in dieser Sache tätige Anwaltskollektiv „Sozialrecht in Freiburg“ begrüßte den Beschluss des Gemeinderats und spricht von einem „gigantischen Erfolg“, übt aber auch Kritik: „Die neuen Mietobergrenzen aus dem Beschluss vom 13.12.2011 beruhen auf dem richtigen Ansatz, dass etwa die Hälfte aller Wohnungen, die der Markt zur Verfügung stellt, als angemessen gelten müssen. Sie berücksichtigen aber nicht, dass die Basismiete, aus der die Mietobergrenzen sich ableiten, nur zum Teil auf Marktmieten beruht. Ansonsten beruht sie auf Bestandsmieten. In Freiburg sind aber Mieten von Wohnungen, die auf dem Markt angeboten werden, knapp 20% höher als Mieten von vermieteten Wohnungen (Mietspiegelgutachten 2007). Außerdem sind die Daten des Mietspiegels veraltet, denn sie stammen aus den Jahren der Datenerhebung. Seither sind die Mieten in Freiburg aber schon wieder um ein paar Prozentpunkte gestiegen.“

In einem interfraktionellen Antrag der Fraktion der Unabhängigen Listen (7 Gemeinderäte) und der Grün-Alternative Freiburg (2 Sitze) wurde die Kritik der Anwälte aufgenommen. Gefordert wird da u.a., dass für Neuvermietungen die Mietobergrenze auf die Basismiete 2011 plus 20% angehoben werden soll und außerdem sollen alle Mietsenkungsverfahren eingestellt werden sowie bis zu Erstellung eines neuen Mietspiegels keine neuen Verfahren mehr angestrengt werden. Allerdings, wie zu erwarten, wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. *hav*



Piratenpartei – wirklich nur Konkurrenz?

Vielleicht entsteht eine neue Partei des bürgerlichen Liberalismus

Wahlen stehen in Schleswig-Holstein vor der Tür. Am 6. Mai 2012 sind vorgezogene Landtagswahlen, weil das Landesverfassungsgericht 2010 das Zustandekommen und die Zusammensetzung des heutigen Landtags als verfassungswidrig beurteilt hat. Die PB berichteten darüber. Die Linke ist mit sechs VertreterInnen im Kieler Parlament. 6% konnte sie am 27. September 2009, zeitgleich mit der Bundestagswahl, erzielen. Seitdem ist die Parteienlandschaft kräftig in Bewegung geraten. Nicht nur die allseits bekannten Probleme der FDP spielen eine Rolle. Die CDU hat ihre Attraktivität verloren und ist in der Regierung verschlissen, so dass Grüne und SPD sich gute Chancen für die Regierungsübernahme ausrechnen. Sie hoffen auf den Trend der WählerInnen, die diese CDU/FDP-Regierung abgehalftert sehen möchten. In Schleswig-Holstein kommen SPD und CDU derzeit auf je 33 Prozent. Der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen dazu im „Handelsblatt“ am 9.1.2012: „Wir wollen 40 Prozent Zustimmung der Menschen im Land als Grundlage für ein sehr stabiles rot-grünes Bündnis in Kiel.“

In diesem Gerangel um die Macht hat die Linke in Schleswig-Holstein einen schweren Stand. Bei zwei bis drei Prozent liegen ihre Umfragewerte. Und: Es gibt die Partei die „Piraten“, mit guten Aussichten, als Fraktion in den Landtag einzuziehen. Grund genug für die Arbeitsgemeinschaft „Kommunistische Politik von unten“ bei der Linken in Schleswig-Holstein, sich am 18. Dezember 2011 mit Geschichte und Zielen dieser Partei zu beschäftigen, um zugleich zu fragen: Muss das Verhältnis der Linken zu den Piraten wirklich nur in Konkurrenz bestehen? Gibt es jenseits der Jagd nach Mandaten auch konstruktive Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Bündnisses?

Zur Entstehungsgeschichte der Piraten

Die erste Piratenpartei war die schwedische Piratpartiet. Sie wurde am 1. Januar 2006 unter der Führung von Rickard Falkvinge gegründet. Die Piratpartiet (deutsch: Piratenpartei) prägte auch den Namen der anderen Piratenparteien, die sich im Anschluss an das schwedische Vorbild in vielen Staaten gründeten. Am 31.5.2006 beschloss die schwedische Polizei die Server, auf denen der Bittorrent-tracker „The Pirate Bay“, sowie über 200 andere unabhängige Websites, gehostet wurde. („BitTorrent“, das ist eine Technik für die schnelle Verteilung

großer Datenmengen.) Außerdem nahm sie drei Personen zum Verhör vorläufig fest und nahm eine DNA-Probe des juristischen Beraters der Pirate Bay. Die Server befanden sich in einem Bankgebäude. Bankgebäude gelten nach schwedischem Recht als Schutzräume und unterliegen weitgehenden Schutzbestimmungen. Diese Verletzung von Freiheitsrechten führte zu massiven Protesten und gab der Piratpartiet einen großen Auftrieb.

Sie beschreiben, wie es zu dem Namen der Partei kommt: „Der Begriff des ‚Piraten‘ ist ein Kampfbegriff, der vor allem von der Musik- und Filmindustrie und ihren Lobbyorganisationen benutzt wird, um einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zu kriminalisieren. Weite Teile der Gesellschaft sollen als Verbrecher stigmatisiert werden, nur weil sie von ihrem Recht, an der Kultur und dem Wissen der Menschheit teilzuhaben, gebrauch machen. Die ‚Piraten‘ nehmen diesen Kampfbegriff auf, um in offensiver Weise eine Neubewertung und damit ein gesellschaftliches Umdenken einzuleiten.“

Nach dem Vorbild der in Schweden Anfang 2006 gegründeten „Piratpartiet“ bildeten sich weltweit neue Verbände und Parteien. Eine Bewegung über den ganzen Globus wurde ausgelöst: von Argentinien über China, Peru, Russland, Tunesien bis Venezuela. In derzeit über 63 Ländern der Welt gibt es Gründungen der „Piraten“, denn fast überall werden „Bürgerrechte im digitalen Zeitalter zunehmend beschnitten“. Die PPI (Pirate Parties International) ist der internationale Dachverband der Piratenparteien.

Selbstbeschreibungen der „Piraten“

Anhand von Selbstbeschreibungen der „Piraten“ wollen wir hier versuchen, das politische Selbstverständnis dieser Partei zu dokumentieren und nachzuvollziehen. So wird einer ihrer Funktionäre im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“, Heft 47/2011, mit den Worten zitiert: „Wir machen keine Politik für das Internet, sondern für eine durch das Internet veränderte Gesellschaft.“ Das Netz ist privater und öffentlicher Lebensraum von Menschen. „Die jüngeren Menschen sowie jene, die mit der Zeit gegangen sind, begreifen das globale Netz als selbstverständlichen Teil ihres persönlichen Lebensraums. Dieser Lebensraum ist für sie so real und so bedeutend wie die Häuser, in denen sie wohnen, die Straßen, auf denen sie sich bewegen, und die Städte, in denen sie leben. Das Netz ist nicht einfach eine

Infrastruktur, es ist eine Welt, in der Menschen leben und oft tiefer verwurzelt sind als in ihrer realen Umgebung. Nur wenn Menschen, die in einem Kulturkreis leben, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen können, lässt sich ein Interessenausgleich schaffen, der dauerhaft Unruhen und gesellschaftliche Verwerfungen vermeidet. Wer nicht im Netz lebt, kann für das Netz keine passenden Regeln machen.“

Das Netz spiegelt die reale Welt, doch es ist von anderer Natur

Die Piraten schreiben: „Im Netz finden wir alles vor, was wir aus der realen Welt kennen. Wir treffen dort auf Kranke und Verrückte, Unternehmen, eine Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Sex, Politik, Propaganda, Journalismus, Verbrechen, Kampf, Gesetze, Polizei, Terroristen und Geheimdienste. Vor allem aber treffen wir dort auf freundliche und hilfsbereite Menschen und eine ungeheure Menge an gesammeltem Wissen, das jeden von uns befähigt, weit über sich selbst hinauszuwachsen. Doch nur weil wir auf viel Vertrautes treffen, dürfen wir nicht glauben, dass die Regeln der alten materiellen Welt ein geeignetes Vorbild sind, um die Welt des Netzes zu regulieren, denn das Netz ist von einer anderen Natur. Wir bedienen uns vieler Metaphern, um Phänomene im Netz zu beschreiben, doch Metaphern verhalten sich zur wahren Natur des Netzes wie Landkarten zum Gebiet. Sie bieten Orientierung, sind aber kein Ersatz für die Erfahrung, im Netz zu leben. Im Netz haben unsere Vorstellungen über elementare Merkmale unserer realen Welt keine Gültigkeit. Begriffe wie Raum, Zeit, Nähe, Territorium, Identität, Gewalt, Ressourcen, Freiheit, Arbeit und Eigentum haben im Netz gänzlich andere Bedeutung. Das Netz wird von anderen Gesetzmäßigkeiten bestimmt. Im globalen Netz ist jeder Mensch vom anderen nur eine Zehntelsekunde entfernt, so als säßen wir alle im selben Raum. Im Netz sind wir keine Nachbarn in einem globalen Dorf, wir sind Mitbewohner einer Einraumwohnung. Daran zeigt sich auch die Begrenztheit von Metaphern aus der realen Welt. Das Netz ist ein Raum, wie es ihn in der realen Welt nicht gibt. Es ist unermesslich groß, doch alles kann beliebig nah sein. Eine solche Welt braucht andere Regeln.“

So heißt es zur Informationellen Selbstbestimmung: „Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss gestärkt werden. Dazu müssen insbeson-

dere die Datenschutzbeauftragten völlig unabhängig agieren können. Neue Methoden wie das Scoring machen es erforderlich, nicht nur die persönlichen Daten kontrollieren zu können, sondern auch die Nutzung aller Daten, die zu einem Urteil über eine Person herangezogen werden können. („Scoring“, das ist eine Technik, mittels der Menschen nach bestimmten Kriterien mathematisch ausgewertet und beurteilt werden, um deren zukünftiges Verhalten vorherzusagen.) Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben.“

Wer Anfang der achtziger Jahre an der Bewegung gegen die Volkszählung teilgenommen hat, wird das mit Freude hören! Auch widerlegen diese Aussagen das mediengemachte Vorurteil, die Piraten seien es, die propagieren, im Internet sein Innerstes nach Außen zu kehren, wäre das Natürlichste von der Welt.

Wer die Freiheit nicht fordert, dem wird sie genommen

„Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte gegenüber dem sie bedrohenden Staat bzw. dessen Einrichtungen verteidigen. Wir stehen hinter dem Grundgesetz in der grundsätzlichen Form, wie es 1949 ausgearbeitet wurde. Insbesondere lehnen wir Änderungen an den Grundrechten (Art.1 bis 19, GG) kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen.“

Freier Zugang zum Netz ist ein Menschenrecht

Ohne Zugang zum Netz ist nach Auffassung der Piraten eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr möglich. Einem Menschen den Zugang zum Netz zu verbieten, kommt heutzutage einem Arrest gleich. Wer sich aus finanziellen Gründen keinen Netzzugang leisten kann, ist in der Informationsgesellschaft ein Obdachloser. Wem die Fähigkeiten fehlen, sich im Netz zu bewegen, ist in der neuen Welt ein Behinderter, dem Hilfe zuteil werden muss. Gerichte erkennen diese Tatsachen allmählich an, doch in den Gesetzen und Verordnungen findet sich davon wenig wieder. Hartz-IV-Empfängern wird von staatlicher Seite noch immer kein Recht auf einen persönlichen Computer und Netzzugang zugestanden. Die Forderung daraus: Das Recht auf Netzzugang ist ein Menschenrecht und sollte explizit in die Verfassung aufgenommen werden.

Das Netz spaltet die Gesellschaft, weil unser Bildungssystem versagt

„Das Netz verändert die Gesellschaft mit zunehmender Geschwindigkeit und erzeugt Gewinner und Verlierer. Derjenige, dessen Fähigkeiten gefragt sind, oder der sich gefragte Fähigkeiten schnell genug aneignen kann, gehört vielleicht zu den Gewinnern. Für alle anderen bleiben schlecht bezahlte Arbeit und Sozialleistungen. Heute bereits kostet der Lebensunterhalt eines Menschen mehr, als er mit schlecht bezahlter Arbeit verdienen kann. Diese Schere wird sich weiter öffnen. Die richtige Bildung ist für die meisten Menschen die einzige Chance auf gutes Einkommen; doch was ist die richtige Bildung, wenn sich alles verändert? Nur eines ist bereits gewiss: Das Netz wird zukünftig das wichtigste Mittel für Bildung sein, und Kompetenz im Umgang damit zugleich der wichtigste Zweck. Unser Bildungssystem ist dem nicht gewachsen und versagt. Dass Schüler mehr Netzkompetenz haben als ihre Lehrer, ist keine vorübergehende Kuriosität mehr. Es ist eine dramatische Katastrophe. Das Netz erfordert eine radikale Veränderung unseres Bildungssystems – personell, institutionell und inhaltlich.“

Gesetze der realen Welt dürfen nicht einfach auf das Netz angewendet werden

Das Netz ist Brutstätte moderner Geschäftsmodelle, die es möglich machen, wertvolle Dienstleistungen für den Kunden kostenlos zu erbringen, und das ist auch gut und richtig so. Der Trend geht sogar hin zu „Less-Than-Zero-Cost“-Geschäftsmodellen, bei denen die Inanspruchnahme einer Leistung gleichzeitig mit einer Leistungserbringung einhergeht, die Erlösmöglichkeiten für den Nutzer eröffnet. Das freie Betriebssystem „Android“ für Mobilfunkgeräte ist ein Beispiel. Das freie Betriebssystem Linux, der Webbrowser „Mozilla Firefox“ und hunderttausende weiterer Projekte sind Beispiele für freie Software, die für den Nutzer nicht nur kostenlos ist, sondern auch von ihm weiterentwickelt werden kann. Das dokumentiert anschaulich, dass „kostenlos“ allgemein kein Problem für die Wirtschaft oder die Schöpfer von Immaterialgütern darstellt. Freie Software bietet im Gegenteil viele Vorteile gegenüber kommerzieller Software. Andere Beispiele für wertvolle, kostenlose Dienste sind Wikipedia und OpenStreetMap, bei denen die Leistungen überwiegend ehrenamtlich von den Nutzern erbracht werden und eine Qualität erreichen, die auf kommerziellem Weg nicht erreicht werden kann. Millionen von Blogs, Foren und Ratgeberseiten liefern kostenlose, aktuelle und vielfältige Informationen für Milliarden von Menschen, und kostenlose Suchmaschinen erlauben es, das



Piraten: „Wer die Freiheit nicht fordert, dem wird sie genommen!“

individuell relevante aufzufinden. Kostenlose E-Mail-Dienste, Kommunikationsdienste wie Twitter und soziale Netzwerke ermöglichen einen kostenlosen Informationsaustausch zwischen Menschen in einer Intensität, wie sie auf Basis kostenpflichtiger Dienste niemals zustande käme. Die Kostenloskultur ist ein wichtiger Pfeiler für den Erfolg des Netzes und aus volkswirtschaftlicher Sicht ein großer Gewinn.

Und alle anderen Themen der politischen Agenda?

Die Piraten verzichten bewusst auf Vollständigkeit der politischen Themen. Manchen Beobachter mag das nerven, wenn die Vertreter dieser Partei – meist übrigens Männer; denn auch in dieser Frage geben sie sich kokettierend unbefangen – sich in den Medien äußern, sie hätten zu dem oder jenem Thema „noch“ keine Partei-Meinung. Aber: „Wir sind sehr schnell, was das Lernen angeht.“ „Die Piratenpartei erweitert ihr Themenspektrum schrittweise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder. In Arbeitsgemeinschaften, die für alle Mitglieder und auch Nichtmitglieder offen sind, werden umfangreiche Diskussionen geführt und Standpunkte erarbeitet. Diese werden dann über verschiedene Medien breit kommuniziert und den anderen Piraten vorgestellt. Kritik, Verbesserungen und Anregungen werden aufgenommen und berücksichtigt. An den Parteitagen werden dann diese programmatischen Anträge von allen anwesenden Piraten diskutiert und abgestimmt. Es gibt keine Delegierten, jeder Pirat ist gleichberechtigt an der Auswahl und Ausgestaltung der Themen beteiligt.“ Angesichts der grundsätzlich immer alles (besser)-wissenden politischen Dampfplauderer anderer Parteien für Menschen, die keine Politprofis sind,

sicher ein zunächst sympathischer Zug. Aber auch ein sich verweigern gegenüber der bürgerlichen Phrase von der „Alternativlosigkeit“ unterdrückerischer Politik.

Die „Piraten“ – eine neue Partei des bürgerlichen Liberalismus?

Die Piraten sind nach ihrem Selbstverständnis keine Internet-, sondern eine Freiheitspartei. Ihr grundlegendes Anliegen besteht in einer Rückkehr zu humanistischen Prinzipien. „Das Internet kann in diesem Zusammenhang als angewandte Metapher für ein zeitgenössisches Verständnis von Freiheit begriffen werden. Freiheit durch Gleichberechtigung, Freiheit durch Meinungsäußerung, Freiheit durch allgemeinen Zugang zu Bildung und Wissen. Freiheit durch die Erosion von Hierarchien und Autoritäten. Freiheit durch Teilhabe und Pluralismus“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“. Und sie wagt sich in ihrer Analyse sogar noch weiter vor: „Die FDP, deren Niedergang mit dem Aufstieg der Piraten zusammenfällt, ist in der öffentlichen Wahrnehmung längst zu einer reinen Wirtschaftspartei mutiert, weshalb der bürgerliche Liberalismus schon lange kein politisches Zuhause mehr besitzt. Die Piraten füllen diese Lücke. Sie sind die einzige deutsche Partei, die »Freiheit« nicht nur als idealistische Utopie oder ökonomisches Programm, sondern als ganz reales Organisationsprinzip behandelt.“

Keiner kommt mehr auf die Idee, die ursprünglichen ökologischen Grundauffassungen der Grünen ausschließlich auf Mülltrennung und Dosenpfand zu reduzieren. Ebenso geht es nicht an, die „Piraten“ nur als etwas trendige, privilegierte junge Leute aus urbanem vernetztem Milieu zu beschreiben, denen ihre Eltern den Laptop bereits in die Wiege gelegt haben. Als hätten sie sich das Internet als Spielwiese auserkoren, auf der für sie, die 18- bis 34-Jährigen mit Abitur, alles erlaubt sein soll.

„Freiheit im Kommunikationszeitalter“, wie es die Piraten weltweit einfordern, ist ein Querschnittsthema, das an alle gesellschaftlichen Bereiche Anschluss finden kann. Genau so, wie Ausbeutung und Unterdrückung die gesamte Gesellschaft betrifft. Und die Linke ist in der Frage der individuellen Freiheitsrechte auf Bündnispartner angewiesen. *Karl-Helmut Lechner.*

Quellen:

<http://wiki.Piratenpartei.de/Hauptseite>
<http://www.piratenpartei-sh.de/>
<http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/36648>
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wer-die-piratenwaehler-sind/4621968.html>
http://www.linke-sh.de/uploads/media/Info_Die_Linke_Dezember_2011_online.pdf
 „Politische Berichte“ Nr. 7 und 9 / 2010

Wo bleibt die sozialpolitische Verantwortung der ABG Frankfurt Holding GmbH?

FRANKFURT A.M. Die jüngsten Mieterhöhungen der stadtteiligen ABG Holding würden laut Stadtrat Edwin Schwarz „preisdämpfend“ auf den Wohnungsmarkt wirken. Tatsächlich hat die ABG aber bereits bei 3.333 Wohnungen die Mieten auf das volle Mietspiegel-Niveau angehoben. Dies geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken im Römer hervor. „Wenn die ABG bei so vielen Wohnungen die Beträge des Mietspiegels bis zum letzten Cent ausschöpft, soll das mietspreisdämpfend auf die Frankfurter Mietpreise wirken? Aus unserer Sicht ist dies Preistreibeerei und belastet viele Frankfurterinnen und Frankfurter über Gebühr“, so Peter Gärtner, planungspolitischer Sprecher der Linken im Römer. Diese Mieterhöhungen betreffen bisher 10,4 Prozent der nicht mietspreisgebundenen Wohnungen der ABG. Auf die Frage, bei wie vielen Wohnungen die Erhöhungen um vier Prozent unter Mietspiegel-Niveau geblieben sind, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart war, hat Stadtrat Schwarz nicht geantwortet. Gärtner kritisiert, dass durch die Mieterhöhungen bis zum vollen Mietspiegel-Niveau die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding ihre sozialpolitische Verantwortung vernachlässigt. Die Fraktion der Linken hatte in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass die ABG Frankfurt Holding GmbH die Mieterhöhungen, die sich auf den neuen Mietspiegel begründen, zurücknimmt. Dieser Antrag wurde von CDU, Grünen und SPD auf die Februar-Sitzung des Stadtparlamentes verlegt. <http://dielinke-im-roemer.de>

Haushaltsanträge der Linken ergebnisneutral – Kulturförderabgabe soll eingeführt werden:

BRAUNSCHWEIG. Mit 27 Vorschlägen hat sich die Linkenfraktion Braunschweig in die Haushaltsberatungen 2012 eingebracht. Neben einer verbesserten Finanzausstattung für mehrere Vereine und Verbände hat Die Linke u.a. die Einführung eines Braunschweig Passes, kleinere Kita-Gruppen in benachteiligten Stadtteilen und die Abschaffung der Krippenentgelte beantragt. Finanzieren will Die Linke ihre Vorschläge, die rund 1,8 Mio. Euro kosten würden, mit der Einführung einer Kulturförderabgabe, die rund 2 Mio. Euro Mehreinnahmen für den Haushalt bedeutet. Damit soll dem Beispiel vieler Kommunen gefolgt werden. Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Braunschweig, Udo Sommerfeld: „Mit der Einfüh-

rung einer Kulturförderabgabe erreichen wir zweierlei. Wir schließen eine Gerechtigkeitslücke und können gleichzeitig viele sinnvolle Maßnahmen finanzieren. Seit Einführung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes – auch als FDP-Klientel-Gesetz bekannt – werden Hoteliers in Braunschweig mit vermutlich rund 4,6 Mio. Euro jährlich durch die Absenkung der Umsatzsteuer entlastet. Dies ist nicht nachvollziehbar und führt zu Mindereinnahmen für den städtischen Haushalt in Höhe von rund 180 000 Euro. Hier wollen wir gegensteuern und zukünftig eine kommunale Abgabe von 5% auf entgeltliche Übernachtungen erheben, wie es viele andere Städte bereits tun.“ Zur beantragten Abschaffung der Krippenentgelte erklärt die Ratsfrau der Linken, Gisela Ohnesorge, abschließend: „Wir bleiben dabei: Bildung muss für alle zugänglich und deshalb kostenlos sein. Zudem ist es nach der Abschaffung der Kita-Entgelte für die Eltern unverständlich, warum sie für die Krippe zahlen müssen und für den Kindergarten nicht. Dass Bildung kostenlos sein muss, ist im Übrigen auch eine zentrale Forderung der Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung der Kinderarmut (S. 6, III Bildung und Förderung). Dem fühlen wir uns verpflichtet. Wir sind gespannt, ob dies auch für die anderen Fraktionen gilt.“

<http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Gewebesteuer anheben anstatt Mieter zur Kasse bitten!

HANNOVER. Die Linke im Rat der Landeshauptstadt Hannover lehnt die meisten Maßnahmen ab, die Kämmerer Marc Hansmann (SPD) dem Rat vorgelegt hat, um die städtischen Finanzen in den Griff zu bekommen. Vor allem die drastische Anhebung der Grundsteuer ist der Linkenfraktion ein Dorn im Auge. „Das ist unsozial, weil die höhere Grundsteuer auf die Mieter umgelegt wird“, betont Fraktionschef Oliver Förste und verlangt stattdessen, die Gewerbesteuer anzuheben. „Eine etwas höhere Gewerbesteuer tut gut verdienenden Unternehmen nicht weh.“ Eine Erhöhung etwa von 460 auf 480 Punkte würde der Stadt rund 23 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen im Jahr bescheren, rechnet die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, Helga Nowak, vor. Sie kritisiert außerdem, dass die Ratspolitiker vom neuen Sparprogramm erst aus der Zeitung erfahren haben. „Das gehört sich nicht“, so Nowak. Die Linkenfraktion kritisiert auch den von Marc Hansmann geforderten weiteren Personalabbau, unter anderem im Stützpunkt Hölderlinstraße, in dem

Langzeitarbeitslose betreut werden. „Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort nicht mehr benötigt werden, müssen Sie woanders eingesetzt werden“, fordert Oliver Förste und verweist auf die seit Jahren gestiegene Arbeitsbelastung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung. „Die Arbeitsverdichtung wird immer größer, immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen immer mehr tun. Damit muss Schluss sein.“ Das sehe auch der Personalrat so. Um mehr Geld in die Stadtkasse zu bekommen, spricht sich die Linksfraktion auch gegen Prestigeprojekte wie den Neubau des Schlosses in Herrenhausen aus, für das die Stadt jetzt doch eine Millionensumme berappen soll. Noch vor wenigen Jahren hatte der Oberbürgermeister angekündigt, der Neubau werde die Stadt überhaupt nichts kosten. <http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Gelenkter Haushalt: Kein Sozialabbau durch „freiwilliges“ Spardiktat! BOCHUM. Die Linke im Rat wendet sich gegen die geplanten Sozialkürzungen im Abschlussbericht der Beratungskoooperation zwischen der Stadt Bochum und der Bezirksregierung Arnsberg. „Dieser Sozialabbau ist mit uns nicht zu machen“, bezieht Uwe Vorberg, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, Stellung: „Jetzt ist genau das eingetroffen, was wir von Anfang an kritisiert haben: Eine kleine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen des Rates und der Bezirksregierung hat noch vor den eigentlichen Haushaltsberatungen Fakten geschaffen und weitere Einsparungen in Höhe von über 50 Mio. Euro vorgeschlagen. Ein Spardiktat ohne Spielraum! Ihm sollen ab Januar Bezirke, Ausschüsse und Rat in der Haushaltsberatung ‚freiwillig‘ folgen. Mit dem aus Arnsberg gelenkten Haushalt wird die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt.“ Die Linksfraktion kritisiert insbesondere die geplante Einstellung des Bochum-Passes und die Erhöhung der Eintrittspreise bei Bädern und Kultureinrichtungen. Außerdem befürchtet sie durch den geplanten Stellenabbau eine weitere Leistungsverdichtung bei den städtischen Beschäftigten und einen schlechteren Service für die Bürgerinnen und Bürger. Doch das sind nur einige Posten aus der Liste der Grausamkeiten, weitere Kürzungsvorschläge im Jugend- und Sozialbereich sind von Arnsberg bereits angekündigt. Dabei ist das Einsparvolumen einzelner Posten wie beim Bochum-Pass sehr gering, während die Auswirkungen gerade für finanziell schlecht gestellte Menschen gravierend sind. Das lehnt Die

Linke entschieden ab. Nach Ansicht der Linksfraktion ist das Spardiktat nicht alternativlos. Insbesondere der Bund ist gefordert und muss endlich die Einnahmeseite der Kommunen verbessern. <http://www.dielinke-bochum.de>

Gutscheinpraxis in der Stadt Oldenburg: OLDENBURG. Die Gruppe Die Linke/ Piratenpartei beantragt zur nächsten Sozialausschusssitzung den Tagesordnungspunkt „Gutscheinpraxis in der Stadt Oldenburg“ aufzunehmen. Wir bitten die Verwaltung zu diesem Punkt das Gutscheinbündnis Oldenburg einzuladen, damit der Politik im zuständigen Ausschuss umfassend aus Sicht der Betroffenen berichtet werden kann. Begründung: Bereits auf der Ratssitzung am 19.12.2011 wurde im Rahmen der EinwohnerInnenfragestunde der Punkt „Gutscheinsystem für Flüchtlinge in der Stadt Oldenburg“ im Rat der Stadt Oldenburg diskutiert. Die differenzierten Fragen des Gutscheinbündnisses Oldenburg an den Oberbürgermeister konnten jedoch seitens der Verwaltung nur teilweise beantwortet werden. Offen blieb auch, wie sich die konkrete Praxis für die Betroffenen in Oldenburg gestaltet. Wir möchten mit einem Bericht von Betroffenen und Aktiven im zuständigen Ausschuss die Möglichkeit eröffnen, dass sich die Politik umfassend über die Situation der Betroffenen, die dieser repressiven und menschenunwürdigen Praxis des Gutscheinsystems ausgesetzt sind, informieren kann. Zumal ja auch tatsächlich nur sehr wenige Geschäfte die ausgegebenen Gutscheine überhaupt einlösen. Hierzu ist es wichtig, dass aus Sicht der Betroffenen berichtet wird. Auch der Verwaltung soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu informieren und zu erfahren, wie die Praxis aussieht.“ <http://fraktion-dielinke.kdo.de>

Keine frohe Weihnachtskunde: ESSEN. Auf völliges Unverständnis trifft die Ablehnung eines Sozialpasses durch den Sozialausschuss. Dabei hat aktuell der Paritätische Wohlfahrtsverband in seiner aktuellen Armutsbericht auf die Notwendigkeit hingewiesen, die soziale Infrastruktur in den Kommunen auszubauen. Die Einführung dieser unbürokratischen Ermäßigungskarte hätte für viele einkommensärmere Menschen in Essen eine deutliche Erleichterung bedeutet – ohne nennenswerte Mehrkosten zu produzieren. So jedoch bleibt es weiterhin Praxis, dass einkommensärmere Menschen diskriminierende und bürokratische Prozeduren über sich ergehen lassen müssen, um Ermäßigungen in Anspruch nehmen zu können. Ratsfrau Gabriele Giesecke,

Mitglied im Sozialausschuss: „18,2 % der Menschen in Essen leben von Hartz IV, hinzu kommt der Kreis der Wohngeldberechtigten und der in Altersarmut Lebenden. Diese einkommensarmen Menschen brauchen gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Eine Stadt, die wie Essen an der Spitze bei der Armutsquote liegt, kann sich die Ablehnung eines Sozialpasses nicht leisten.“ Die Linke sieht sich darin bestätigt, dass eine deutliche Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes dringend geboten ist. Andernfalls werden sich die Tendenzen, dass große Teile der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelt werden, weiter verstärken. www.linksfraktion-essen.de

Grüne hebeln demokratische Entscheidung aus: KÖLN. Auf der Ratssitzung am 20. Dezember hat der Rat mit großer Mehrheit eine Erhöhung der Grundsteuer um 15 Hebepunkte abgelehnt. Das führte zu einer Koalitionskrise von Rot-Grün. Einen Tag später verkündeten die Grünen, sie würden ihr „Fehlverhalten“ jetzt durch eine Dringlichkeitsentscheidung heilen. Dazu erklärt der Fraktionssprecher der Linken im Kölner Rat, Jörg Detjen: „Eine wichtige demokratische Entscheidung des Rates wird nach einem Tag von den Grünen ausgehebelt. Das ist empörend! Die Grünen führen sich heute auf wie die SPD in den 90er Jahren. Im Falle einer Dringlichkeitsentscheidung wird Die Linke bei der Bezirksregierung Einspruch einlegen.“ Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung am Dienstag den Antrag der Grünen, vorerst keine Entscheidung zu treffen, ausdrücklich abgelehnt. Danach wurde die Verwaltungsvorlage diskutiert und schließlich eine Entscheidung gegen die Grunderhöhung gefasst – mit den Stimmen der Grünen. Somit liegt keine Dringlichkeit vor, dass der Rat jetzt zu einer anderen Entscheidung kommen müsste. Martin Börschel, SPD, hatte bereits in seinem Redebeitrag darauf verwiesen, dass der Rat eine Entscheidung treffen müsse, wenn in 2012 die Grundsteuer noch erhöht werden solle. Dazu erklärt der Fraktionssprecher Jörg Detjen: „Im Falle einer Vertagung wäre das rechtlich anders zu bewerten gewesen. So gibt es aber eine klare Entscheidung, auch wenn sich die Grünen nach 24 Stunden anders entschieden haben.“ Da Oberbürgermeister Roters (SPD) bereits im Urlaub ist, fordert Die Linke seinen Vertreter, Beigeordneten Streitberger (CDU) auf, nicht gegen den Ratsentscheid zu verstoßen und keine Dringlichkeitsvorlage einzubringen. www.linksfraktion-koeln.de

(Zusammenstellung: ulj)

Armut verfestigt sich

In der Juniausgabe 2011 der Politischen Berichte konstatierte Dr. Harald Pätzolt, dass mit der Agenda 2010 die politische Grundlage geschaffen war, „für den letzten Akt der Zerstörung der alten Ordnung der Produktion, Fordismus genannt“. Demnach wurde diese alte Ordnung der Arbeit durch die finale Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors zerstört: „Das volkswirtschaftliche Grundprinzip der alten Ordnung der Produktion, aus dem Fordismus stammend: Beteiligung aller am wissenschaftlich-technischen Fortschritt, an Produktivitätsgewinnen, galt nun nicht mehr. Die Friseurin, in einer Branche ohne Produktivitätsentwicklung tätig, wurde ebenso wie der Autoverkäufer selbst, in einer Wachstumsbranche tätig, nun nicht mehr an den Fortschritten bei Volkswagen beteiligt.“ In den Poli-

tischen Berichten von Januar 2011 ist einer Untersuchung von Prof. Michael Vester zu entnehmen, dass das Milieu der „unterprivilegierten Arbeitnehmer“ rund zwölf Prozent der Bevölkerung ausmacht. Diese Milieus verfestigen sich trotz insgesamt steigender Erwerbsquoten und einer großen Zunahme der höher qualifizierten Arbeit. Die IG Metall macht darauf aufmerksam, dass die von Vester ausgemachte „Grenze der Respektabilität“ zwischen den unterprivilegierten Milieus und den sog. „respektablen“ Milieus auch eine Grenze zwischen verschiedenen Lebenserwartungen markiert. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband stellt in seinem Bericht zur Armutsentwicklung darüber hinaus eine räumliche Armutsverfestigung fest. Wir zitieren im Folgenden aus beiden Texten. *Thorsten Jannoff*

IG Metall: Niedriglohnsektor drückt die Lebenserwartung

Niedriglöhner sterben früher

6.1.2012. Die Deutschen werden immer älter. Aber nicht alle. Geringverdiener haben eine deutlich schlechtere Lebenserwartung – hat die Deutsche Rentenversicherung errechnet. Die IG Metall fordert deshalb faire Jobs und eine faire Bezahlung statt Arbeit um jeden Preis. Der Arbeitsmarkt hat die letzte Wirtschaftskrise mit Bravour gemeistert. Doch für welchen Preis? Immer weniger Arbeitnehmer arbeiten in sogenannten unbefristeten Normalarbeitsverhältnissen. Dafür weitet sich der Niedriglohnsektor immer weiter aus. Bundesweit arbeiten fast sieben Millionen Menschen in Minijobs. Diese Entwicklung hat dramatische Folgen. Denn nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung leben Geringverdiener kürzer als noch vor zehn Jahren. So wurden im Jahr 2001 langjährig rentenversicherte Männer noch durchschnittlich 77,5 Jahre alt. Zehn Jahre später ist die Lebenserwartung fast zwei Jahre geringer. In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung besonders dramatisch. Dort liegt die Lebenserwartung sogar um 2,6 Jahre niedriger als vor zehn Jahren.

Reformen mit dramatischen Folgen

Es ist nicht nur die Angst vor Arbeitsplatzverlust, die die Menschen unter Druck setzt. Die Gesundheitsreformen führen dazu, dass die medizinische Versorgung immer stärker vom Einkommen abhängt. Wer wenig verdient, kann sich die privaten Zuzahlungen zur gesetzli-

chen medizinischen Versorgung oft nicht leisten. Auch die Praxisgebühr hält viele Geringverdiener von einem Arztbesuch ab. Zudem haben Niedriglöhner nicht die Mittel für eine gesunde Ernährung und ein gesundes Raumklima. Obendrein sind viele Niedriglöhner in ihrem Arbeitsleben wegen schwerer körperlicher Arbeit erheblichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Statt Arbeit um jeden Preis, brauchen wir eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik. Denn immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie von ihrem Job nicht mehr leben können. Zwar liegen die Verdienste der Stammbeschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie noch über dem Bundesdurchschnitt, doch auch hier wird die durchschnittliche Einkommensentwicklung durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse nach unten gezogen. Und viele Stammbeschäftigte haben Angst um ihren Job. Denn bei Neueinstellungen bieten die Firmen statt fester Arbeitsverträge immer häufiger nur noch befristete Verträge oder stellen Leiharbeiter ein. Und diese verdienen im Schnitt ein Drittel weniger als die Stammbeschäftigten. „Reichtum macht nicht glücklich, aber es beruhigt ungemein“ – dieses ironische Sprichwort trifft leider immer noch zu. Nur mit einer offensiven Armutspolitik könnte diese alarmierende Entwicklung verlangsamt werden. Und den Menschen müsste die Existenzangst genommen werden.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011

... 2010 lag diese quasi-amtliche Armutsgefährdungsschwelle für einen

Single-Haushalt bei 826 Euro, für Familien mit zwei Erwachsenen und

zwei Kindern unter 14 Jahren lag sie bei 1 735 Euro. Die 60-Prozent-Grenze liegt damit für den Alleinlebendehaushalt noch relativ deutlich über der durchschnittlichen Hartz-IV-Bedarfsschwelle von 701 Euro, bei der angesprochenen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren betrug die Differenz jedoch nur noch 39 Euro, so dass praktisch nicht mehr von „Armutsgefährdung“ sondern bereits von Armut gesprochen werden muss.

„Verhärtete Armut“

Die hier zur Verfügung gestellten Karten, Tabellen und Grafiken zeigen, dass die Armutsgefährdungsquote in der gesamtdeutschen Betrachtung seit nunmehr sechs Jahren auf einem Rekordniveau von über 14 Prozent verharrt ... Nicht einmal um einen Prozentpunkt haben sich die Quoten in diesem Zeitraum bewegt, so dass bundesweit von einer Verhärtung oder Verfestigung der Armut gesprochen werden muss. Bemerkenswert ist, dass selbst starke wirtschaftskonjunkturelle Ausschläge so gut wie keinerlei Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung zu haben scheinen ... Ein signifikantes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,4 Prozent im Jahr 2006 ging mit einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote von gerade einmal 0,7 Prozent einher.

Gegenläufige Tendenzen bei den Ländern

Anders sieht es aus, wenn wir die Ergebnisse auf Länderebene vergleichen (siehe Tabelle 2, S. 4). Was die Armutsgefährdungsquoten anbelangt, bewegt sich bei neun der 16 Bundesländer kaum etwas, sieben Länder zeigen aber durchaus – zum Teil gegenläufige – Bewegungen ... So gingen in Hamburg, Brandenburg und Thüringen die Armutsquoten seit 2005 kontinuierlich und nennenswert zurück. In Hamburg und Brandenburg betrug der Rückgang jeweils 15 Prozent – wenn auch auf sehr unterschiedlichen Niveaus: von 19,2 auf 16,3 Prozent in Brandenburg und von 15,7 auf 13,3 Prozent in Hamburg. In Thüringen fiel die Quote im gleichen Zeitraum kontinuierlich von 19,9 auf 17,6 Prozent, ein Rückgang um über 10 Prozent.

In Berlin und Nordrhein-Westfalen sind die Armutsquoten von 2005 auf 2006 zwar erfreulich gesunken, steigen seitdem jedoch stetig und spürbar an. In Berlin nahm die Armutsgefährdungsquote von 17 Prozent im Jahr 2006 auf 19,2 Prozent in 2010 zu – ein Zuwachs um 13 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist im gleichen Zeitraum ein kontinuierlicher Anstieg von 13,9 auf zuletzt 15,4 Prozent festzustellen ...

Halten wir die Hartz IV-Quoten daneben, fällt auf, dass in den einzelnen Ländern die Armutsentwicklung nicht zwingend mit der Entwicklung der Hartz IV-Zahlen einhergehen muss. So

verlaufen die negativen Trends in Berlin und Nordrhein-Westfalen, die Armutsgefährdungsquoten betreffend, bei fast gleichbleibenden Hartz IV-Quoten. Der Anstieg der relativen Armut resultiert somit insbesondere aus einer Zunahme der armutsnahen und armen Bevölkerung außerhalb bzw. oberhalb des Hartz IV-Bezugs ...

Regionale Zerrissenheit

... Gerade die großen westdeutschen Flächenländer zeigen enorme Armutsfälle innerhalb ihrer Landesgrenzen. Haben wir in der nordrhein-westfälischen Region Bonn eine Armutsgefährdungsquote von 11,5 Prozent, sind es in der gerade mal 100 Kilometer entfernten Region Dortmund bereits 19,7 Prozent. Sind es in der badenwürttembergischen Region Donau-Iller 8,4 Prozent, liegt die Quote in der Rhein-Neckar-Region bei 14,6 Prozent ... Statt eines „sauberen Ost-West-Schnitts“ erscheint Deutschland mehr und mehr als armutspolitischer Flickenteppich. Von der Stadt Hannover (21,3 Prozent) über das Land Bremen (21,1 Prozent) bis zur Region Dortmund (19,7 Prozent) stoßen wir auf Armutsgefährdungsquoten, die deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt liegen, während umgekehrt Regionen wie Südhüringen mit 14,4 Prozent oder das Brandenburgische Havelland-Fläming mit 12,2 Prozent sogar unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen.

Problemregion Ruhrgebiet

Der Osten ist nach wie vor deutlich stärker von Armut betroffen als der Westen. Doch zeigt der Osten – mit Ausnah-

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquote und SGB II-Quote im Vergleich nach Bundesländern seit 2005 (in %)

Armutsgefährdungsquote und SGB II-Quote im Vergleich nach Bundesländern seit 2005 (in %)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	Armutsgefährdungsquote	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	-
	SGB II-Quote	5,5	6,0	5,8	5,4	5,5	5,7	5,2
Bayern	Armutsgefährdungsquote	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1	10,8	-
	SGB II-Quote	5,2	5,6	5,3	4,9	4,9	4,9	4,4
Berlin	Armutsgefährdungsquote	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	-
	SGB II-Quote	19,6	21,7	22,1	21,7	21,4	21,4	21,1
Brandenburg	Armutsgefährdungsquote	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7	16,3	-
	SGB II-Quote	16,1	17,5	17,2	16,4	15,5	14,8	13,9
Bremen	Armutsgefährdungsquote	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	-
	SGB II-Quote	18,4	19,5	19,1	18,6	18,1	18,5	18,1
Hamburg	Armutsgefährdungsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	-
	SGB II-Quote	13,4	14,4	14,3	14,0	13,7	13,7	13,0
Hessen	Armutsgefährdungsquote	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	-
	SGB II-Quote	8,6	9,5	9,4	9,1	9,1	9,1	8,5
Mecklenburg-Vorpommern	Armutsgefährdungsquote	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1	22,4	-
	SGB II-Quote	19,8	21,1	20,6	19,2	17,9	17,2	16,1
Niedersachsen	Armutsgefährdungsquote	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3	15,3	-
	SGB II-Quote	10,2	11,1	11,0	10,7	10,3	10,3	9,7
Nordrhein-Westfalen	Armutsgefährdungsquote	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	-
	SGB II-Quote	10,8	11,7	11,7	11,5	11,4	11,7	11,3
Rheinland-Pfalz	Armutsgefährdungsquote	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2	14,8	-
	SGB II-Quote	7,5	8,1	8,0	7,7	7,5	7,7	7,0
Saarland	Armutsgefährdungsquote	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	-
	SGB II-Quote	9,9	10,8	10,8	10,4	10,3	10,4	9,7
Sachsen	Armutsgefährdungsquote	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5	19,4	-
	SGB II-Quote	16,6	17,9	17,5	16,7	16,1	15,6	14,4
Sachsen-Anhalt	Armutsgefährdungsquote	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8	19,8	-
	SGB II-Quote	19,6	20,8	20,5	19,9	19,1	18,4	17,3
Schleswig-Holstein	Armutsgefährdungsquote	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0	13,8	-
	SGB II-Quote	10,8	11,5	11,3	10,9	10,5	10,5	10,1
Thüringen	Armutsgefährdungsquote	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1	17,6	-
	SGB II-Quote	14,4	15,5	15,3	14,3	13,7	13,3	11,9

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

me von Berlin – insgesamt eine deutlich positivere Entwicklung als der Westen. Hier verdient das Ruhrgebiet als neue Problemregion mit besorgniserregender Dynamik besondere Aufmerksamkeit ... Und auch in Rheinland-Pfalz fallen die negativen Entwicklungen in der Regi-

on Rheinhessen-Nahe (von 13,4 % auf 16,1 %) und in der Rheinpfalz (von 11,9 % auf 14,1 %) ins Auge, doch handelt es sich beim Ruhrgebiet mit über 4 Millionen Einwohnern um das größte Ballungsgebiet Deutschlands und immerhin um das fünftgrößte Ballungsgebiet Europas ...

Baugewerbe beklagt Zahlungsmoral der Kommunen. FAZ, Fr., 16.12.2011. Manche Städte zahlen erst nach Ende der Gewährleistungspflicht, also nach fünf Jahren“ kritisiert H. Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe (ZDB). Ausschlaggebend sei, dass die Baukompetenz in den Verwaltungen abgebaut werde. Der Aufschwung am Bau aufgrund niedriger Zinsen und die Rückbesinnung auf Substanzwerte führte dazu, dass die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in diesem Jahr voraussichtlich um etwa 2,5 % auf ca. 730 000 steige. Einschließlich der Nebengewerbe und der Gebäudereinigung beschäftigt die deutsche Bauwirtschaft nach eigener Einschätzung ca. 2,6 Millionen Menschen in 300000 Betrieben.

Wirtschaft fordert stärkere Anerkennung ihrer Kulturförderung. LZ, Die., 27.12.2011. Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft fordert mehr öffentliche Anerkennung für die Förderung von Kultur durch Unternehmer. Während im Sport Fußballstadien nach Spon-

soren benannt würden, werde in der kulturellen Berichterstattung oftmals noch nicht einmal der Unterstützer einer Ausstellung erwähnt, kritisierte der Geschäftsführer des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), S. Frucht. Insgesamt engagierten sich noch viel zu wenige Unternehmer für Kultur. Auch vor dem Hintergrund der ab 2020 greifenden Schuldenbremse im Grundgesetz und der damit voraussichtlich zurück gehenden staatlichen Kulturförderung werde die Kulturlandschaft ohne die Unterstützung aus der Wirtschaft nicht auskommen. Frucht bezweifelt aber, dass in Deutschland ein Wechsel hin zum angloamerikanischen Modell erfolgreich sein werde, bei dem sich der Staat aus der Kulturfinanzierung zurückziehe und Unternehmen sowie Privatleute einspringen. Dazu sei die Staatsquote zu hoch.

BDA ist unzufrieden mit Bildungsangeboten in Deutschland. Der Westen (WAZ), Mi., 24.01.2012. Die Arbeitgeber sind unzufrieden mit den Bildungs-

angeboten in Deutschland. Die BDA hat zum zweiten Mal nach 2005 ein Positionspapier zur Bildung „Bildung schafft Zukunft 2012“ vorgelegt. Besonders der Föderalismus wird kritisiert: Die Länder seien sich selten einig, Abschlüsse oft nicht vergleichbar. In einem „Staatsvertrag“ sollten vergleichbare Bildungsstandards festgeschrieben werden. In Kindergärten, Schulen und Hochschulen sei der Reformbedarf groß. Zu viele Kinder würden schon im Vorschulalter nicht genug gefördert, zu viele Hochschulen pflegten ihre Vorurteile gegenüber den modernen Bachelor- und Master-Abschlüssen und qualifizierten ihre Studenten nicht gut genug fürs Berufsleben ... Die Erwartungen der deutschen Arbeitgeber sind hoch: Bis 2015, so ihr Wunsch, sollten drei von vier Schulen „Ganztag“ anbieten, alle Kinder sollten schon in der Kita den ersten Kontakt mit Mathe und Naturwissenschaften haben, und an den Hochschulen sollte dann nicht mehr jeder Fünfte, sondern nur noch jeder Zehnte ein Studium vorzeitig abbrechen. Zusammenstellung: rst



http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pfforder/A4_armutsbericht_web.pdf

VR China und USA: Partner und Rivalen

China will – ganz wie Konfuzius bereits vor 2500 Jahren postulierte – zum Aufbau einer „harmonischen Welt“ beitragen und strebt nach eigenen Aussagen den friedlichen Aufstieg zur Weltmacht an. Gleichzeitig „geht die chinesische Führung aber davon aus, dass dieser friedliche Aufstieg die Spannungen mit einigen wichtigen Kräftezentren der Welt anwachsen lassen wird... Allein aufgrund seiner Größe operiert es in so enormem Maßstab, dass es zwangsläufig die Spielregeln verändert“, so Helmut Peters und Fareed Zakaria im isw-report 83/84. Obwohl es zur Zeit nur die ökonomische Karte ausspielt, könnten die zukünftigen Verteilungskämpfe um Märkte, verbleibende Rohstoffe und Energieressourcen kriegerischer werden. Bisher hält der Westen, allen voran die USA und die Nato, in allen Regionen der Welt die Trumpfkarte in der Hand. Das wird kaum so bleiben.

1. Geopolitische Konfliktfelder

In der Golfregion lagern 60 Prozent des Erdöls und 40 Prozent des Erdgases. Dies Gebiet haben die USA in den letzten Jahrzehnten zu ihrem „vitalen Interessengebiet“ erklärt und dies auch unumwunden militärisch durchgesetzt. Störungen, Verweigerungen und Einmischungen durch arabische und andere Mächte wurden mit vorbeugenden Maßnahmen politischer Art, mit der Stationierung von Truppen rund um die arabische Halbinsel und schließlich wie im Fall des *Irak* mit militärischer Besetzung geahndet. Heute bezieht China vom heißbegehrten Land *Iran* mit seinen zweitgrößten Erdöl- und Erdgasreserven bereits ein Fünftel seiner eigenen Importe. In der *Kaspischen Region* versuchen die USA mittels der Nato die strategischen Kontrahenten China und Russland beiseite zu schieben. Der Krieg in Afghanistan ist dazu eine wichtige Zwischentappe und hat den amerikanischen Giganten dicht an die Grenzen dieser beiden Staaten heranrücken lassen.

Afrika, der lange Zeit „vergessene Kontinent“, soll neu ins Spiel gebracht werden. Das Pentagon, das den Globus ursprünglich nur in fünf regionale Kommandozonen eingeteilt hat, richtete 2008 eine sechste „rea of responsibility“ ein. Der Oberbefehlshaber von diesem neuen *Africom*, Vier-Sterne-General Ward, begründete dies vor dem Militärausschuss des amerikanischen Senats mit der Abhängigkeit der USA vom afrikanischen Öl und dem wachsenden Einfluss Chinas als wichtige Bedrohung für die US-Interessen. Nicht ohne Grund: im Jahr 2000 wurde das *Chinesisch-Afrikanische Kooperationsforum (FOCAC)* gegründet. 48 von 53 afrikanischen Staaten nahmen 2006 an einem Treffen teil und

sie erhielten von Peking einen Kredit von fast vier Milliarden und die Verdoppelung der Entwicklungshilfe für die nächsten drei Jahre zugesprochen. Zuvor hatte China einen Schuldenerlass von 1,27 Mrd. Dollar gewährt. In dem Abkommen ist enthalten, dass China seine Hilfe nicht an Bedingungen knüpft und dass es den Ausbau des Gesundheitswesens fördern wird – „zum gegenseitigen Nutzen“. 2009 sagte Wen Jiabao den inzwischen 49 Staaten des China-Afrika-Forums einen weiteren Kredit von zehn Mrd. Dollar zu, besonders ausgerichtet auf die Förderung kleiner mittelständischer Betriebe. Angesprochen auf den Vorwurf, die Chinesen wollten Afrika nur ausbeuten, sagte Ruandas Präsident Paul Kagame bei einem Interview mit dem „Handelsblatt“ auf die Frage „Führen die Verträge, die Afrika jetzt schließt, nicht zu einem neuen Kolonialismus?“ erwiderte er: „Wieso denn neuer Kolonialismus? Der alte durch westliche Länder hat doch noch gar nicht aufgehört... Jedenfalls hat das europäische und in jüngerer Zeit das amerikanische Engagement Afrika nicht vorangebracht. Unsere Ressourcen wurden ausgebeutet... und westliche Firmen haben Afrika in großem Maße verschmutzt – z.B. nukleare Abfälle vor der Elfenbeinküste und Müllhalden in Somalia... China investiert in Infrastruktur, baut Straßen... Der neue Wettbewerb ist für Afrika sehr gesund.“ China steht ideologisch gut für die Entwicklungsländer. Es hatte nie Kolonien, sondern wurde vom Westen selbst nach Kolonialmanier ausgebeutet. „Sie wissen besser als die Europäer,“ so auch die Stimme von Oyewola O. Owuru aus Nigeria, „wie man ein Land entwickelt.“

Seit dem Ersten und verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA politisch-militärisch in Asien dominiert durch Kriege in Korea, Vietnam und Afghanistan, durch Flottenpräsenz auf den Meeren von Hawaii im Pazifik bis nach Thailand am Indischen Ozean und durch Militärbasen über den Landgürtel verteilt von Afghanistan am Himalaya bis Saudi-Arabien auf der Arabischen Halbinsel. Eine Stützpunktkette liegt direkt vor der Küste Chinas wie eine „umgekehrte Chinesische Mauer“. Fast alle dort liegenden Staaten sind mit den USA durch Militärabkommen oder Sicherheitsgarantien verbunden (Die Zeit, 7.10.2010). In dieser Einkreisungskette bildet Japan als US-Verbündeter mit seinem Luft- und Atomwaffenstützpunkt in Okinawa das wichtigste Glied. Aber jetzt ist Nippon zum wichtigsten Handelspartner der VR China geworden, sowohl

für Importe und neuerdings auch für Exporte – vor den USA. Wohl ist Japan immer noch – direkt vor der Küste Chinas liegend – dessen stärkster Rivale im Anspruch auf mehrere ökonomisch und strategisch wichtige Inselgruppen, in der gleich großen Wirtschaftskraft und dem Exportpotential, aber ohne die Nachfrage aus China wäre Japan in der Weltwirtschaftskrise viel stärker abgestürzt.

Wie dargestellt, ist die chinesische Flotte durch eine innere und äußere Inselkette, voll gepflastert mit US-Stützpunkten, vom Zugang zum Pazifik abgeschnürt und vom Zugang zum Indischen Ozean abgeschnitten. Im Konfliktfall kann Washington die wichtigsten Routen des chinesischen Handels und der Energieversorgung, vor allem der Öl- und Rohstoffzufuhr, kontrollieren und notfalls blockieren. In der Straße von Malakka – nicht zufällig Hort der Piraterie – passieren täglich 2000 Schiffe die Meerenge, für China ist dies die Lebensader für seinen Außenhandel. Seit dem Frühjahr 2009 rüstet China auf. Moderne Großschiffe, darunter auch Flugzeugträger, sollen die ökonomischen Interessen des Landes sichern. Das Programm „Harmonische Ozeane“ sieht vor, dass nicht mehr nur seine Küstenbereiche geschützt werden, sondern eine Machtprojektion mittlerer Reichweite entsteht.

Bündnisse und Freihandelszonen

In Asien versucht sich China mit unterschiedlichen Koalitionen und Kooperationen aus der militärisch-politischen Umklammerung der USA und Japans zu befreien. Durch die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)* hat es seinen Einflussbereich auf die Staaten Russland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan ausgebaut; Indien, der Iran, die Mongolei und Pakistan gehören dem Bündnis als Beobachter an. Wenn man sie alle voll dazu rechnet, sind dies vier Atomwaffenstaaten und drei Volkswirtschaften, die über riesige Energievorräte verfügen. Damit wäre das Problem des asiatischen Kontinents, der 60% der Menschheit beherbergt, aber bisher – ohne Russland und Indien – nur über 3% der Öl- und 8% der Erdgasvorkommen besitzt, großräumig gelöst. Aber es wäre eine Region, in der sich zukünftig die weltweiten Interessen der USA mit der EU und China mit Russland überschneiden würden. Daher auch sehen auch die Bundeswehrplaner „im Abschluss neuer strategischer Bündnisse wie der Shanghai-Organisation... eine zunehmende Bedrohung.“

Zum Jahreswechsel 2009/10 ist in Ostasien die größte Freihandelszone

der Welt – gemessen an der Bevölkerung von 1,8 Mrd. Menschen – geschaffen worden. Sechs der zehn ASEAN-Staaten (*Association of Southeast Asian Nations*), Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand, haben sich mit China zu einer Freihandelszone zusammengeschlossen, neben der *Europäischen Union (EU)* und der *North American Free Trade Agreement (NAFTA)* die drittgrößte der Welt. Man rechnet damit, dass auch Myanmar, Kambodscha, Laos und Vietnam dazu stoßen. Zudem gibt es Überlegungen, den Handel mit China nicht mehr an den Dollar, sondern an den chinesischen Yuan zu binden. China gründete vor drei Jahren mit Japan und Südkorea einen sogenannten *Dreiergipfel* für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der ab 2010 jährlich stattfinden soll („Vision 2020“). Außerdem planen sie für die nächsten Jahre eine Pazifik-Freihandelszone im Rahmen einer *Asia Pacific Economic Cooperation (APEC)*, die von den USA bisher stark boykottiert wird. Deutlich wird, dass in Asien ein neuer mächtiger Wirtschaftsblock entsteht, der sich mit mehr als der Hälfte der Welt zu einer relativ eigenständigen Wachstumsregion mit China im Zentrum herausbildet. Insgesamt 54% aller japanischen Exporte gehen inzwischen nach Asien, nur 15% in die EU. 2010 haben sich auf dem Ostasien-Gipfel die 16 Mitgliedsstaaten (ASEAN, sowie China, Indien, Japan, Korea, Australien und Neuseeland) auf eine gemeinsame Wachstumsstrategie mit insgesamt 650 Infrastrukturprojekten verständigt. „Gemeinsam können wir das 21. Jahrhundert zu einem Asia Century ma-

chen“, meinte dazu Thailands Finanzminister (Handelsblatt, 11.6.2010).

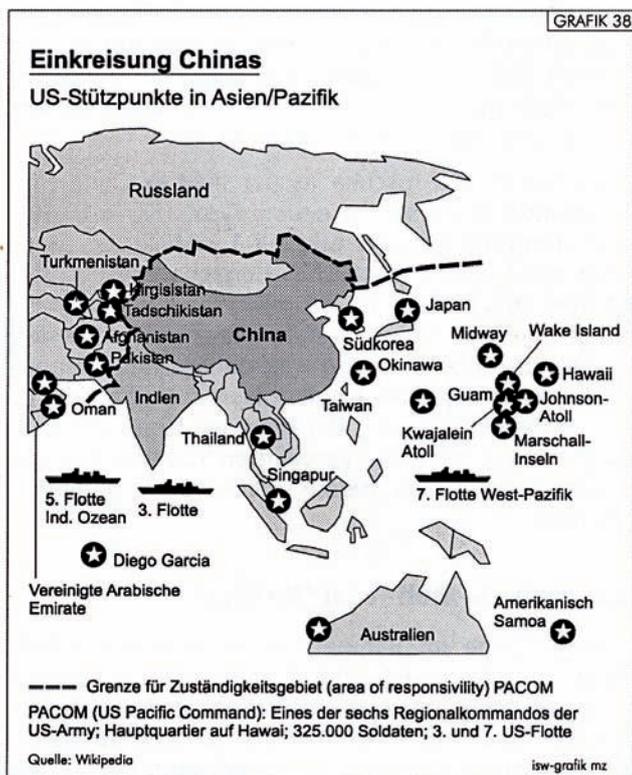
Treibende Kraft ist Chinas Produktions- und Finanzkraft. Nachdem Peking im Frühjahr 2008 allein 38 Mrd. Dollar in die sogenannte *Chiang-Mai-Initiative* gepumpt hat, will es diesen Stützungsfonds in Währungskrisen auf 120 Mrd. Dollar erhöhen. Der Fonds ist ein Pendant zum westlich orientierten *Internationalen Währungsfonds (IWF)* und der *Weltbank*, den die asiatischen Regierungen aufgrund ihrer negativen Erfahrungen mit ihnen in der Asienkrise 1997/98 nur ungern in Anspruch nehmen wollen. Inzwischen hat die VR China auch seinen Einfluss auf den IWF geltend gemacht, indem es ihm 50 Mrd. Dollar zur Verfügung stellte. Die Wachstumsprognose des IWF für 2010/11 lauteten: USA 2,5 %, EU 1,6 %, Lateinamerika 4,8 %, Afrika 5,2 % und Asien (ohne Japan und Südkorea) 8,9 %. Wie berichtet, entsteht in China aufgrund vorhandener Devisen- und Sparreserven, durch Förderung des Binnenmarktes, Ausweitung einer eigenständigen qualifizierten Produktion und die Bildung einer zahlungskräftigen Mittelschicht ein rasantes ökonomisches Wachstum, was auch in anderen asiatischen und afrikanischen Schwellenländern zu beobachten ist. Während in den westlichen Industrienationen die Mittelschichten schrumpfen, ihre Produktion stagniert (weil sie in Drittländer ausgelagert ist) und sie durch Wirtschaftskrisen hoch verschuldet sind.

Entwicklungs- und Schwellenländer wie China

Die Volksrepublik China versteht sich

selbst als Entwicklungs- und Schwellenland und betreibt vorrangig Kooperationen mit ihresgleichen nicht nur in Asien, sondern quer über den Globus besonders auch in Lateinamerika. Ein organisatorischer Kern dieser Kooperation ist die *Brasilien – Russland – Indien – China – Cooperation (BRIC)*, dem sich auch weitere Länder wie Argentinien und Südafrika anschließen wollen. Bis auf Russland, das wegen fallender Energiepreise einen Wachstumseinbruch von 7,9 % zu verzeichnen hatten, gelangte die BRIC fast unbeschadet durch die Krise. Indien liefert vor allem Software, Chemie und Dienstleistungen, Russland Öl, Gas und andere Rohstoffe und Brasilien Agrarprodukte. Die *Britische Großbank HSBH*, die Bank mit dem weltweit größten Engagement, ließ verlauten, dass ein neuer Block mit eigenständigen Handelsströmen rund um die VR China im Entstehen sei und sich von den USA und der EU löse, so Stephen King, Chefvolkswirt dieser Bank.

Das führt dazu, dass in den *G7- und G20-Gruppen* die USA und China für die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik die neue Führungsrolle übernehmen und andere westliche Industrieländer zurücktreten. „Der relative Abstieg des Westens gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern wird sich beschleunigen“, so der Deutsche-Bank-Direktor Ackermann. Dem herrschenden Block USA-EU geht es darum, unter diesen veränderten Bedingungen die Dominanz zu behalten. Auf dem Toronto-Gipfel 2010 wurde deshalb vor allem versucht, die Schwellenländer in das *Global-Governance-System* einzubinden. Aber an-



Links: isw-Grafik 38. Einkreisung Chinas durch militärische Stützpunkte der USA

Foto oben: Verhandeln: Besuch von Präsident Barack Obama mit der amerikanischen Delegation beim Präsidenten der VR China Hu Jintao in der Großen Halle des Volkes in Peking, 21. November 2009.



Foto unten. Auf-rüsten: Die Prä-sidenten Barack Obama und Hu Jintao schreiten in Washington die militärische Ehren-formation ab, 19. Januar 2011.

gesichts der Lage, dass die VR China mit einem Devisenschatz von 2450 Mrd. Dollar inzwischen zum Nettogläubiger der westlichen Welt in Höhe von 516 Mrd. Dollar in Euro-Papieren und zum Hauptgläubiger der USA in Höhe von 883,5 Mrd. Dollar Staatsanleihen geworden ist, ist die Wirkungsmöglichkeit gegenüber dem chinesischen Partner gering. Umgerechnet schuldet somit jeder Amerikaner der VR China 5 000 Dollar, was Brzezinsky einfach nur mit der Bemerkung „wie peinlich für die Weltmacht“ abtat, aber vom US-Wirtschaftshistoriker Neill Ferguson in seinem Buch „The rise and fall of American Empire“ schon gewertet wurde als: „Wir erleben das Ende von 500 Jahren Vorherrschaft des Westens.“

Von Bush zu Obama

Wie reagieren gegenwärtig die offiziellen Regierungen und Institutionen der USA auf diese Herausforderung? Im Geheimen-Leitlinien-Entwurf vom 18.2.1992 bekundet das amerikanische Pentagon nach dem Fall der Sowjetunion seinen festen Entschluss, „dass sie den Aufstieg eines strategischen Konkurrenten zukünftig nicht mehr dulden würden. Bald darauf machte allerdings die Clinton-Administration den moderaten Versuch, China nach westlichem Muster in die Weltwirtschaft zu integrieren. Das habe so nicht funktioniert, meint Marc Leonhard, Leiter der European Council of Foreign Relations, in seinem Buch „Was denkt China?“, denn „China hat seine eigene ausgeklügelte Doktrin einer multilateralen Diplomatie entwickelt“. Beim Jugoslawien-Krieg in den neunziger Jahren griffen die USA erstmalig den politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten China direkt an: Es bombardierte die chinesische Botschaft in Belgrad. US-Präsident George W. Bush trug zu Beginn des neuen Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg dann erneut eine drastische Kursänderung vor: das Bild einer „neuen Weltordnung“. Er und seine militärischen Berater Dick Cheney, Ronald Rumsfeld äußerten sich zur Frage Ostasiens mit der „Bush-Doktrin“ dahingehend, dass man auf einen Regimewechsel in China hinwirken (z.B. über Menschenrechtsfragen), die Beseitigung des kommunistischen Regimes betreiben und die Streitkräfte in Südostasien verstärken sollte, „um den Demokratisierungsprozess in China voranzutreiben“. Der US-Militärtheoretiker Robert Kaplan forderte explizit, die *North Atlantic Treaty Organisation (Nato)* so umzustrukturieren, dass sie den nächsten Krieg mit China führen könne. „Der Mittlere Osten ist vergessen, das militärische Problem des 21. Jahrhunderts ist Asien.“ („How we would fight China“ in

„Atlantic Monthly“, 2005). Das neue strategische Konzept der Nato machte sich diese Vorstellung 2010 auf dem Gipfel in Lissabon zu eigen, wonach ihr Aktionsradius nach Asien und in den Pazifik verlagert werden soll.

Die USA sind inzwischen wieder zu einer Politik der „Eindämmung“ übergegangen, zu einer Art neuem „Kalten Krieg“, nachdem vor allem in und um Afghanistan in Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Pakistan einige ihrer Militär-Basen aufgekündigt wurden. Das Haupt-US-Army-Operationszentrum – das *United States Pacific Command (PACOM)* – liegt mitten im Pazifik auf Hawaii. Von dort aus starteten 2010 US-Kriegsschiffe vor Chinas Küste ein Manöver, mehrere tausend Kilometer von seinem Stationierungsort entfernt, weil „die chinesische Seemacht sich auf von den USA beherrschte Gewässer ausdehnt“. Obama erklärte kurz nach seinem Amtsantritt anders als seine anti-chinesischen Attacken im Wahlkampf, China zum „wichtigsten Partner der USA zu machen.“ „Wir werden zusammen aufsteigen oder untergehen.“ 2009 begegneten sich der Welt größte Schuldner und Gläubiger zum Gespräch. Hu Jintao betonte, „dass zwischen beiden Ländern grundlegende Unterschiede in der gesellschaftlichen Ordnung, in der Ideologie und in den Weltauffassungen existieren, deren Beachtung die Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit ist“. Die USA geben pro Jahr 8mal soviel für die militärische Aufrüstung aus als China, beobachtet aber mit Sorge die Modernisierung der chinesischen Armee. Die neueste Verteidigungsstrategie Barack Obamas lautet, dass die US-amerikanischen Militärausgaben bis 2021 um 450 Mrd. Dollar gekürzt werden sollen. „Doch die Budget-Kürzungen werden nicht auf Kosten der Region Asien-Pazifik durchgeführt werden. Yuan Peng, der chinesische Experte für Amerika-Studien, bemängelte, dass China in einem Atemzug mit dem Iran, „der Achse des Bösen“ genannt würde. Es habe wiederholt erklärt, dass es nach alten chinesischen Grundsätzen zum Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ beitragen wolle und nur einen friedlichen Aufstieg zur Weltmacht anstrebe. Aber eben Aufstieg! China mache sich dabei aber keine Illusionen, dass diese Verteilungskämpfe auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnten.

Edda Lechner

Quelle: Fred Schmid, „China, Krise als Chance?“, ISW-Report Nr. 83/84, 2010
Siehe auch: Politische Berichte Nr.: 10 und 11/ 2011

Globalisierung und linker Diskurs

Beim Thema „wie halten wir es mit der Globalisierung?“ finden sich im linken Diskurs gelegentlich etwas zweifelhafte Feststellungen und theoretische Fragmente, deren Realitätstauglichkeit – sagen wir es mal vorsichtig – nicht immer hundertprozentig gegeben ist.

Beispiele dafür finden sich unter anderem im neuen Programm der Linken. Dort heißt es beispielsweise in der Präambel: „Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der ... Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden.“ Oder im Abschnitt II, „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“: „Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre markiert das Ende dieser ‚goldenen Jahre‘ hohen Wachstums. Der Kapitalismus kehrte zu seiner Normalität zurück, einschließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnationsphasen.“ Oder, kurz vor dieser Passage, ebenfalls im Abschnitt II: „Die Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft haben Massenarbeitslosigkeit, Einkommensverluste und Sozialstaatsabbau zur Folge. Zwar hat der Kapitalismus die technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu überwinden. Doch er zementiert eine Weltordnung, in der alle fünf Sekunden ein Kind verhungert und mehr als eine Milliarde Menschen zu wenig zu essen und keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.“

Ähnliche, noch schroffere Aussagen finden sich in der bereits 2002 verabschiedeten „Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“ des globalisierungskritischen Netzwerks Attac. Dort heißt es zum Thema Globalisierung: „Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. ... Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht.“

Gelegentlich, wenngleich nicht im Parteiprogramm der Linken, aber in Äußerungen einzelner Vertreter der Partei oder anderer linker Gruppierungen findet sich auch noch die Qualifizierung der Europäischen Union als „imperialistisches Projekt.“

Imperialismus als „letztes Stadium“ des Kapitalismus oder Totgesagte leben länger

An all diesen Kritiken ist sicher vieles berechtigt. Ihr gemeinsamer theoretischer Bezugspunkt dürfte – vermutlich

unbestritten – die Schrift von Lenin „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ sein. Dort finden sich – beispielsweise im Vorwort von 1920 – diese Aussagen: „Es sind eben der Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten geschichtlichen Stadium, d.h. dem Imperialismus, eigen sind. Wie in der vorliegenden Schrift nachgewiesen ist, hat der Kapitalismus jetzt eine Handvoll (weniger als ein Zehntel der Erdbevölkerung, ganz ‚freigiebig‘ und übertrieben gerechnet, weniger als ein Fünftel) besonders reicher und mächtiger Staaten hervorgebracht, die – durch einfaches ‚Kuponschneiden‘ – die ganze Welt ausplündern.“ (S. 10/11) Imperialismus ist danach, so Lenin wörtlich, „sterbender Kapitalismus“. (ebenda, S. 158)

Diese Analyse des Imperialismus als „sterbender, faulender Kapitalismus“ hat im 20. Jahrhundert eine enorme internationale Auswirkung gehabt. Sie hat der russischen Revolution zum Sieg über den Zarismus verholfen. Sie hat im deutschen Faschismus und seinen ungeheuerlichen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg eine furchtbare Bestätigung erfahren. Sie hat der chinesischen Revolution und den antikolonialen Befreiungsbewegungen in zahllosen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas lange als theoretisches Rüstzeug und Ansporn für ihre opferreichen, oft verzweifelten, am Ende aber erfolgreichen Kämpfe gegen die Unterwerfung und Ausplünderung ihrer Länder und ihrer Wirtschaft durch europäische, nordamerikanische und/oder japanische Konzerne und Mächte geholfen. Ihre geschichtliche Rolle und Bedeutung ist also unbestritten.

Aber heute?

Vor dem Hintergrund der globalen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwanzig oder dreißig Jahre sind heute begründete Zweifel angebracht, ob eine weitere Klassifizierung der Weltwirtschaft als „sterbender, faulender Kapitalismus“ die komplexen Erscheinungen der globalen Wirtschaft der letzten Jahrzehnte noch richtig beschreibt und die diesen Entwicklungen zugrunde liegenden Triebkräfte noch richtig analysiert.

Vermutlich war es die Niederlage der USA und ihrer Verbündeten im Vietnamkrieg, die der imperialistischen Strategie einer kolonialen oder quasi-kolonialen Unterwerfung der Dritten Welt, des Trikonts oder wie auch immer die Länder des Südens genannt werden und wurden, für sehr lange Zeit, wenn nicht dauerhaft ein Ende bereitet hat.

Beispiel: Die „Millenniumsziele“ der Vereinten Nationen

Am 8. September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedsstaaten zum Abschluss der 55. Generalversammlung der Vereinten Nationen die sogenannten „Millenniumsziele“. Diese sind:

1. *Bekämpfung von extremer Armut und Hunger* • Zwischen 1990 und 2015

den Anteil der Menschen halbieren, die weniger als den Gegenwert eines US-Dollars pro Tag zum Leben haben und die Hunger leiden. • Vollbeschäftigung für alle, auch für Frauen und Jugendliche.

2. *Primärschulbildung für alle* • Bis 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Mädchen wie Jungen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen.

3. *Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen* • Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung bis 2005 beseitigen, auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.

4. *Senkung der Kindersterblichkeit* • Zwischen 1990 und 2015 Senkung der Kindersterblichkeit von Unter-Fünf-Jährigen um zwei Drittel (von 10,6 Prozent auf 3,5 Prozent).

5. *Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter* • Zwischen 1990 und 2015 Senkung der Sterblichkeitsrate von Müttern um drei Viertel.

6. *Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten* • Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS, von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.

7. *Ökologische Nachhaltigkeit* • Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in der Politik der einzelnen Staaten verankern, die Vernichtung von Umweltressourcen eindämmen, den Verlust der Biodiversität verringern. • Bis 2015 Halbierung des Anteils der Menschen ohne dauerhaft gesicherten Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser (von 65 Prozent auf 32 Prozent).

8. *Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung* (zitiert nach Wikipedia, Stichwort „Millenniumsziele“, gekürzt).

Zehn Jahre später, zum Auftakt der 65. Generalversammlung der UNO, zog ein erneuter „Millenniumsgipfel“ eine Zwischenbilanz. Der offizielle Bericht der UNO dazu, der „MDG Report 2010“, betont zunächst „signifikante Erfolge“. So sei es gelungen, die Zahl der Menschen, die hungern und in „absoluter Armut“ leben, global erheblich zu verringern. Das Ziel, die Zahl dieser Menschen bis 2015 auf 15% der Weltbevölkerung bzw. 920 Millionen Menschen zu reduzieren, sei erreichbar. Auch bei der Reduzierung der Kindersterblichkeit seien erhebliche Erfolge erreicht, diese seit von 12,5 Millionen in 1990 auf 8,8 Millionen in 2008 gesunken. Auf der anderen Seite seien noch immer erhebliche „Lücken“ vorhanden, und mehrere Ziele würden vermutlich nicht erreicht werden. So sei das Ausmaß an Unterernährung noch immer viel zu hoch, der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung steige zwar weltweit, die im Jahr 2000 formulierten Ziele würden aber vermutlich nicht erreicht.

Worauf es hier ankommt: Irgendwie passen solche globalen Abkommen und Anstrengungen, aber auch solche Ergeb-

nisse nicht zur Theorie des „sterbenden und faulenden Kapitalismus“.

Beispiel „postindustrielle Gesellschaft“

Nicht nur auf der Linken, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Milieus finden sich bei einer genaueren Analyse globaler Prozesse der letzten Jahrzehnte erstaunliche Irrtümer. Ein Beispiel dafür ist die Beschreibung der aktuellen Gesellschaften als „postindustriell“ oder „nachindustriell“. Der Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ wurde von dem französischen Soziologen Alain Touraine geprägt und von dem amerikanischen Soziologen Daniel Bell bereits Anfang der 70er Jahre theoretisch weiter entwickelt.

„Das Konzept der ‚nachindustriellen Gesellschaft‘ betont die zentrale Stellung des theoretischen Wissens als Achse, um die sich die neuen Technologien, das Wirtschaftswachstum und die Schichtung der Gesellschaft organisieren.“ (Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft)

Vor allem zwei Merkmale kennzeichnen nach diesen Theorien die sogenannte „nachindustrielle Gesellschaft“: „[...] die zentrale Stellung des theoretischen Wissens und das zunehmende Übergewicht der Dienstleistungswirtschaft über die produzierende Wirtschaft“ (Daniel Bell). Zahlreiche Theorien der „Informationsgesellschaft“, der „Wissensgesellschaft“ oder der „Dienstleistungsgesellschaft“ gehen auf diese Analysen und Prognosen über die künftige Entwicklung moderner Gesellschaften zurück. Ihnen allen ist eine Vermutung gemeinsam: „Industrie“, die industrielle Fertigung von Gütern und Waren des täglichen Gebrauchs, ist in modernen, hochentwickelten Gesellschaften zwar weiter nötig. Aber irgendwie ist sie „out“, eine Branche ohne Zukunft, nichts, was wirklich der gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Anstrengung noch wert ist.

Diese Theorie vom „Ende der Industriegesellschaften“ geistert durch eine Unmenge wissenschaftlicher und medialer Analysen, politischer Prognosen, Politikkonzepte und Parteiprogramme. Sie gilt vielen als ein unumkehrbarer, unbestrittener globaler Trend.

Ein Blick über den engen Tellerrand der OECD-Länder hinaus zeigt aber andere Ergebnisse.

Zum Beispiel ein Blick auf den globalen Arbeitsmarkt. Nach Angaben der UNO stieg die Weltbevölkerung von 1980 4,45 Milliarden Menschen auf 6,90 Milliarden Menschen in 2010, d.h. um etwa 55% in 30 Jahren.

Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten weltweit, über alle wirtschaftlichen Sektoren hinweg, nach Angaben der UNCTAD um fast 70%, von 1,903 auf 3,276 Milliarden Menschen. Nun sind solche Globalzahlen mit einer Vielzahl von Unsicherheiten verbunden, zumal über einen so langen Zeitraum und

vor dem Hintergrund, dass 1980 aus einer Vielzahl von Ländern keine seriösen Zahlen vorlagen. Trotzdem: Der deutlich höhere Anstieg der globalen Beschäftigtenzahl als der Weltbevölkerung ist ein Hinweis darauf, dass die globale „Unterbeschäftigung“ und Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum vermutlich rückläufig war.

Wichtiger noch ist eine andere Entwicklung. Nach den gleichen Zahlen der UNCTAD ging die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft in diesen 30 Jahren nicht nur relativ, sondern auch absolut zurück, von 1,070 Milliarden Menschen (1980) auf 791 Millionen Menschen (2010). Mit anderen Worten: Der Anteil der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen fiel global von über 56% im Jahr 1980 auf weniger als ein Viertel der weltweit Beschäftigten im Jahr 2010.

In der Tendenz ähnliche Zahlen meldet die ILO, die Internationale Arbeitsorganisation in Genf. Danach sank im Zeitraum 1995 bis 2009 der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen weltweit von 44,4 auf 35,0 Prozent. Im gleichen Zeitraum blieb der Prozentsatz der global in der Industrie beschäftigten Menschen an allen Beschäftigten fast

Beschäftigung nach Sektoren, global	
1. UNCTAD-Statistik (http://unctadstat.unctad.org)	
Beschäftigte insgesamt, weltweit	
1980:	1,903 Milliarden Menschen
2010:	3,276 Milliarden Menschen
Beschäftigte Landwirtschaft weltweit	
1980:	1,070 Milliarden Menschen
2010:	0,791 Milliarden Menschen

Drittel aller arbeitenden Menschen. Vermutlich erstmals in der Geschichte lebt mehr als die Hälfte der Menschheit nicht mehr von der Land- und Forstwirtschaft oder der Fischerei.

Zweiter globaler Trend scheint ein über Jahrzehnte gleich bleibender Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor (Bau, Handwerk und verarbeitende Industrie) zu sein, was bei einem Anstieg der Weltbevölkerung um mehr als 50% eine starke absolute Zunahme der Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich weltweit bedeutet. Da gleichzeitig die Produktivität der Arbeit in diesem

Sektor weiter stieg, bedeutet das: Die absolute Menge der Bauten, der in Handwerk und Industrie produzierten Güter – und damit auch der Güter des täglichen Lebensbedarfs – stieg in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker als die Weltbevölkerung.

Das passt zu den Ergebnissen der „Millennium-Gipfel“ und deutet auf einen globalen Anstieg des Lebensstandards von Millionen, vermutlich sogar von Milliarden Menschen hin.

„Postindustriell“ ist all das sicher nicht. Wohl aber eine Bestätigung und Untermauerung für andere globale Trends. Global flüchteten und flüchten Millionen Menschen vor despotischen Parteibonzen auf dem Lande in Ländern wie China und Vietnam, vor nicht minder grausamen Grundherren und Großgrundbesitzern in Ländern wie Brasilien, Indien, Indonesien, der Türkei

oder schlicht vor hoffnungsloser Armut und Unterentwicklung wie in weiten Teilen Afrikas. Global steigt die agrarische Produktion. Global steigt die industrielle Produktion, weit schneller als die agrarische Produktion. Global steigt – durch enorme Bildungs- und Arbeitsanstrengungen und durch Klassenkämpfe – der Lebensstandard, sinkt die Kindersterblichkeit, steigt die Lebensdauer. (1)

oder schlicht vor hoffnungsloser Armut und Unterentwicklung wie in weiten Teilen Afrikas. Global steigt die agrarische Produktion. Global steigt die industrielle Produktion, weit schneller als die agrarische Produktion. Global steigt – durch enorme Bildungs- und Arbeitsanstrengungen und durch Klassenkämpfe – der Lebensstandard, sinkt die Kindersterblichkeit, steigt die Lebensdauer. (1)

Ein paar Zwischenergebnisse

Wenn die Zahlen der UNO, der UNCTAD und der ILO auch nur ungefähr stimmen, dann deuten sie auf mehrere globale wirtschaftliche Entwicklungen hin.

Erstens: Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit muss in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen sein.

Denn parallel zu dem absoluten Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft sank die Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht. Sie stieg viel-

mehr. Zwar sind noch immer fast ein Fünftel der Weltbevölkerung unterernährt. Aber die periodischen Hungersnöte, wie sie noch in den 60er und frühen 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus Ländern wie Indien und Pakistan oder aus Afrika regelmäßig berichtet wurden, sind zurückgedrängt.

Zweitens: Die Lebenserwartung steigt. Das zeigen auch andere Statistiken. Der „Fischer Weltatlas“, Ausgabe 2010, berichtet mit Verweis auf Statistiken der UNO von einem globalen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung von 52 Jahren (1960) auf 69 Jahre (2010). Allerdings ist auch hier die Entwicklung ungleich. In der Türkei beispielsweise stieg die durchschnittliche Lebenserwartung von 52 Jahren (1960) auf 73 Jahre (2010), in Brasilien von 56 auf 74 Jahre, in Indien von 44 auf 65 Jahre, in Nigeria von 39 auf 49 Jahre. Im gleichen Zeitraum sank die durchschnittliche Lebenserwartung in Äthiopien von 60 auf 57 Jahre, in Simbabwe von 52 auf 50 Jahre, in Russland von 69 auf 68 Jahre, in der Ukraine von 71 auf 69 Jahre.

Drittens: Der globale Megatrend der „Urbanisierung“ geht einher mit einer Vielzahl von weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen. Menschen, die in Städte ziehen, brauchen Wohnungen. Wohnungsbau, Zement und Stahl für Wohnungen, Straßen, für Kanalisation sind eine der vielen, mit der globalen Urbanisierung einhergehenden Entwicklungen. China beispielsweise führt seit Jahren die Liste der weltweit größten Zementproduzenten mit weitem Abstand an. 2003 fertigten Unternehmen in China 813 Millionen Tonnen Zement, das waren über 40% der globalen Produktion von 1,95 Milliarden Tonnen Zement. Zweitgrößter Zement-Produzent war Indien mit 116 Millionen Tonnen (Zahlen nach Fischer Weltatlas 2007). Erst an dritter Stelle folgten die USA, die mit ihrem aus der Finanzbranche spekulativ angeheizten Immobilienboom wenige Jahre später die Weltwirtschaft in ihre seit langem größte Krise stürzen sollten. Der Immobilienboom in Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Russland dagegen dauert bis heute an. Ähnlich die Zahlen der Stahlindustrie. Von global 1,333 Milliarden Tonnen Stahl, die weltweit 2008 gefertigt wurden, fertigten Unternehmen in China 503 Millionen Tonnen, d.h. fast 40 Prozent. Viertgrößter Stahlproduzent war (nach China, Japan und den USA) Russland mit 68,5 Millionen Tonnen, gefolgt von Indien mit 55,1 Millionen Tonnen. (a.a.O., Ausgabe 2010)

Viertens: Modernisierung der Landwirtschaft, steigende Lebensdauer, Urbanisierung und Industrialisierung bedeutet auch: Elektrifizierung, steigender Energieverbrauch. In den Jahren 2000 bis 2008 stieg der globale Energieverbrauch (für die Herstellung und Verbreitung von Strom, für Heizung, Kühlung und für den Transport von Menschen und Sa-

2. ILO („Global Employment Trends“, Ausgaben 2006 und 2011)			
Anteil der Sektoren an der Gesamtbeschäftigtenzahl			
Jahr	Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft)	Sekundärer Sektor (Bau, Handwerk, Industrie)	Tertiärsektor (Dienstleistungen)
1995	44,4%	21,1%	34,5%
2005	40,1%	21,0%	38,9%
2009	35,0%	21,8%	43,2%

gleich, während der Anteil der im sogenannten „tertiären Sektor“ (öffentliche und private Dienstleistungen, Transport, Verkehr usw.) Beschäftigten von 34,2 auf 43,2 Prozent stieg.

Von einem „Rückgang der Industrie“ oder einem weltweiten Vordringen „postindustrieller Gesellschaften“ kann also in den letzten 30 Jahren anscheinend nicht die Rede sein.

Globaler Trend war vielmehr – und ist vermutlich noch immer – ein rapider Rückgang der Zahl der Menschen, die im Primärsektor arbeiten. Ihr Anteil an der gesamten arbeitenden Bevölkerung fiel von mehr als der Hälfte aller arbeitenden Menschen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts auf inzwischen nur noch ein Viertel bis ein

1) Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der französische Wirtschaftswissenschaftler Daniel Cohen in seinem Buch, „Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt“, Untertitel: „Fehl diagnose Ende der Arbeit“, in deutscher Sprache 2001 im Campus Verlag erschienen. Cohens Fazit: Die „Zukunft der Arbeit“ in hochentwickelten Gesellschaften liegt in Innovation und Produktivkraftentwicklung, vor allem im Ausbau der „Humandienstleistungen“, also der Bereiche Bildung und Weiterbildung, Gesundheit, Pflege.

chen) von 9,3 Milliarden Tonnen Öleinheiten auf fast 11,3 Milliarden Tonnen, d.h. um mehr als 21 Prozent. Auch hier war die Entwicklung unterschiedlich. In den USA sank der Energieverbrauch in diesen acht Jahren von 2,311 Milliarden Tonnen Öleinheiten auf 2,299 Milliarden Tonnen. In der EU, vermutlich insbesondere in den ost- und südeuropäischen Regionen, stieg er um ca. 4% (von 1,655 Mrd. Tonnen auf 1,728 Mrd. Tonnen). In Mittel- und Südamerika und in Afrika stieg der Energieverbrauch jeweils um fast 30%, in Asien und Ozeanien um über 50% (von 2,607 Milliarden Tonnen Öleinheiten auf 3,982 Milliarden Tonnen), darunter allein in China um über 100%, von 967 Millionen auf 2,002 Milliarden Tonnen Öleinheiten. (a.a.O.) Nebenbei: Da die dafür benötigten sogenannten „nicht-regenerativen Ressourcen“, also Öl, Gas, Kohle, begrenzt sind, gilt als zweiter globaler Megatrend seit Jahren die Steigerung der Ressourceneffizienz und der Umstieg auf erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne. Allein die chinesische Regierung plant bis 2020 die Steigerung der Stromerzeugung aus Windkraft auf 200 Gigawatt. Das entspricht der Stromproduktion von 200 Atomkraftwerken. Die Ziele im Bereich Sonnenenergie wurden von der Regierung in Peking kürzlich von 10 auf 15 Gigawatt bis 2015 angehoben.

Knebelung der Dritten Welt oder Aufholen der Schwellenländer?

Was sich bei einer globalen Betrachtung der These der „postindustriellen Gesellschaft“ (einer These, die nur bei einer fiktiven Trennung hochentwickelter Gesellschaften von ihrem globalen Umfeld plausibel erscheinen kann; würde diese Trennung in der Realität vollzogen, würden diese Gesellschaften vermutlich zusammenbrechen) ebenso wie bei der Umsetzung der „Millenniumsziele“ der Vereinten Nationen herauschält, ist dies: die These von einer Globalisierung, die „sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner“ haben soll, oder von einem

Nachrichten

Mantega: Wachstum Brasiliens 2012 bis zu fünf Prozent. Der brasilianische Finanzminister Guido Mantega äußerte am Freitag (16.12.), dass Brasilien im kommenden Jahr um ca. vier bis fünf Prozent wachsen werde. Für dieses Jahr schätzte der Minister den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) unterhalb von 3,7 Prozent ein. (Quelle: www.brasilnews.de, 22.12.2011)

Türkische BIP-Daten alle Erwartungen übertreffen. Die BIP-Daten für die Türkei haben die Märkte überrascht und alle Erwartungen übertroffen ... Mit einem Wachstum von 8,2% im Jahresvergleich und 1,7% im Quartalsvergleich im dritten Quartal habe die Wirtschaft in den ersten neun Monaten um 9,6% im Jahresvergleich wachsen können. (Quelle: www.aktiencheck.de, 13.12.2011)

Indien signalisiert Zinssenkung. Die indische

imperialistischen System, in dem wenige reiche Länder (bzw. wenige Konzerne in diesen Ländern) die ganze Welt ausplündern und unterdrücken, ist bei einer näheren Untersuchung der globalen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwanzig, dreißig Jahre nicht mehr haltbar.

Der Fehler ist bei der These vom „imperialistischen Gesamtsystem“ oder den „sehr vielen Verlierern und wenigen Gewinnern“ vermutlich ähnlich wie bei der These der „postindustriellen Gesellschaft“: In beiden Fällen wird ein Ausschnitt eines komplexen globalen Systems aus dem Zusammenhang gelöst, als dominant, typisch und stabil angenommen. Eine einzelne Tendenz (bei Lenin beispielsweise die Tendenz zur Monopolisierung und Kartellbildung) wird linear in die Zukunft verlängert. Eine solche lineare Verlängerung einer aus ihrem Zusammenhang gerissenen einzelnen Tendenz in die Zukunft führt fast immer in irgendeine prognostizierte Katastrophe. Was solche Prognosen in der Regel unterschätzen, ist das Ausmaß an technologischem, vor allem aber an gesellschaftlichem Wandel. Oder, um es marxistisch auszudrücken: Geschichte wird von Menschen gemacht. Auch die wirtschaftliche Entwicklung ist ein Ergebnis von Klassenkämpfen, Kämpfen sozialer Klassen, die um einen besseren Lebensstandard, ihren Anteil und ihren Einfluss in der Gesellschaft und auf die gesellschaftliche Entwicklung kämpfen. Diese Klassenkämpfe können gesellschaftliche Entwicklungen erheblich ändern, auch unterhalb der Schwelle eines „Systemwechsels“. Das nicht zu beachten, ist ein erstaunlicher Fehler. Zumal für Linke

Was in den letzten Jahrzehnten, von vielen, auch der Linken lange Zeit nicht oder nicht genügend beachtet, stattgefunden hat, ist ein enormer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufholprozess einer Vielzahl von sogenannten „Schwellenländern“, angetrieben von inneren Klassenkämpfen in diesen Län-

Wirtschaft gerät immer tiefer in den Krisenstrudel ... Im Kampf gegen die rasante Konjunkturabkühlung erwägt Indien als letztes der großen Schwellenländer eine Abkehr von der Hochzinspolitik. Die Notenbank der drittgrößten asiatischen Volkswirtschaft entschied, nach 13 Zinserhöhungen seit März 2010 vorerst eine Pause einzulegen ... Noch im Oktober hatte sich die Notenbank mit einer Zinserhöhung auf 8,5 Prozent gegen den steigenden Preisdruck gestemmt. Die Inflationsrate liegt trotz zuletzt rückläufiger Tendenz immer noch bei über neun Prozent ... Indien hatte im Sommerquartal mit einem Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt um 6,9 Prozent das langsamste Wachstumstempo seit mehr als zwei Jahren eingeschlagen. ... Manche Analysten bezweifeln, dass das Schwellenland in dem Ende März 2012 zu Ende gehenden Haushaltsjahr noch ein Wachstum von sieben Prozent schaffen wird. Im Vorjahr waren es noch 8,5 Prozent. Die Prognosen passen zu der düsteren Prophezeiung der Chefin des Internationalen Währungsfonds

den. Auf die Entwicklungen in China wurde schon hingewiesen. Dieser Trend zum wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Aufholen ist aber sehr viel größer. Er umfasst sehr viel mehr Länder.

Die „BRIC-Story“

Schon im November 2001, also vor heute mehr als zehn Jahren, hat – peinlich für Linke – ausgerechnet eine große US-Investmentbank, das Bankhaus Goldman Sachs, in seiner inzwischen weltweit bekannten und berühmten „BRIC-Studie“ auf diese globale Entwicklung hingewiesen.

Kern der „BRIC-Studie“ ist die Entdeckung von globaler „Entwicklung“ als ein gewaltiges Geschäft für Kapitalanleger. „BRIC“ steht dabei für die vier Länder Brasilien, Russland, Indien und China.

In einer Neuauflage der Studie schreibt die Bank in einer 2006 erschienen deutschen Übersetzung:

„Im Abstand einiger Jahrzehnte vollziehen sich immer wieder Umgruppierungen an der Spitze der weltwirtschaftlich führenden Nationen. Das frühe 20. Jahrhundert erlebte den Aufstieg der USA, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stand zunächst im Zeichen des Wiederaufbaus der europäischen Industrienationen und des ‚Wirtschaftswunders‘ der Nachkriegszeit. Wenig später folgte der rapide Aufstieg Japans in die Reihen der führenden Wirtschaftsmächte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind es die Schwellenländer, die mit einem enormen Tempo nach vorne drängen. Insbesondere die großen Vier, Brasilien, Russland, Indien und China ... haben ihren Einfluss auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahrzehnt erheblich vergrößert. Mit einer Bevölkerungszahl von zusammengenommen annähernd 2,8 Milliarden Menschen haben diese Länder enormes Potenzial.“

Unter der Überschrift „Die Welt im Jahr 2050“ heißt es dann, die BRIC-Länder zusammen hätten das Potential,

(IWF), Christine Lagarde, wonach kein Land der Welt gegen die von Europas Schuldenproblemen ausgehende Krise immun ist. (Quelle: www.n-tv.de, 22.12.2011)

Putin: Russlands BIP soll um sieben Prozent im Jahr wachsen. Die russische Regierung stellt laut Premier Wladimir Putin die Aufgabe, das Wirtschaftswachstum auf sechs bis sieben Prozent im Jahr anzuheben. Wie Putin am Mittwoch bei einem Kongress der Organisation Delowaja Rossija, einer Vereinigung mittelständischer Unternehmen, betonte, soll Russland in fünf Jahren zu den Top-5-Wirtschaften der Welt gehören. Innerhalb dieses Zeitraums soll die Arbeitsproduktivität um ein Drittel erhöht werden. Russlands BIP soll in den nächsten zehn Jahren um 50 Prozent wachsen. ... Dabei werde sich die russische Regierung um einen stabilen Rubel-Kurs, eine niedrige Inflation und eine feste Haushaltsdisziplin bemühen. Zugleich soll eine freie Kapitalbewegung garantiert werden. (Quelle: RIA Novosti, 21.12.2011)

„innerhalb der nächsten Jahrzehnte die G6-Länder USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien“ zu überholen. „Als Vorreiter könnte China innerhalb der nächsten vier Jahre Großbritannien und Deutschland überholen und 2015 an Japan vorbeiziehen. Die Wirtschaft Indiens könnte in 20 Jahren Deutschland überholen und in 30 Jahren größer sein als die der USA und Chinas. Und auch Brasilien und Russland könnten in zehn Jahren Italien und wenig später Frankreich und Deutschland hinter sich lassen.“ (Goldmann Sachs, BRICs-Kompass, Ausgabe 2006, S. 7)

Im folgenden analysiert die Studie dann die solchen „Szenarien“ zugrundeliegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse wie die Entwicklung des Bildungssystems, des Gesundheitssystems, der sozialen Sicherungen, die Modernisierung des Verkehrswesens etc., die damit einhergehende Urbanisierung, Herausbildung einer Mittelschicht und deren – bei Eintreffen der Prognose zu erwartenden – künftige Konsummuster (Wohnungen, Wohnungseinrichtung, Kleidung, Motorisierung, Reisen etc.) und ihre Folgen für die verschiedenen globalen Gütermärkte.

Die „20 größten“

Wenn man bedenkt, dass die erste „BRIC-Studie“ schon zehn Jahre alt ist, erstaunt es, wie genau die damaligen Prognosen der US-Investmentbank neue Trends der Weltwirtschaft vorhergesehen haben. (Tabelle 1)

Die tatsächliche Entwicklung hat also die Prognosen der BRIC-Studie von 2001 sogar noch übertroffen. Nicht wie von Goldman Sachs prognostiziert 2015, sondern bereits 2010 hat die chinesische Wirtschaft die Japans überholt. Die brasilianische Wirtschaft hat die Italiens bereits 2010 überholt und dürfte 2011 Großbritannien hinter sich gelassen haben.

Hinzu kommt: Die obige Tabelle ver-

gleicht die wirtschaftliche Leistungskraft der Länder nach den offiziellen Wechselkursen. Diese geben aber nicht immer die Unterschiede in der Kaufkraft richtig wieder. Für den gleichen Dollarbetrag lassen sich auch heute noch in Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Türkei mehr Lebensmittel kaufen, mehr Wohnraum bezahlen als in den USA. Würden die obigen Daten nach „Kaufkraftparitäten“ umgerechnet, wie sie beispielsweise die Weltbank nutzt, dann würde der Aufholprozess der Schwellenländer noch deutlicher (siehe dazu unter anderem: http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GDP_PPP.pdf)

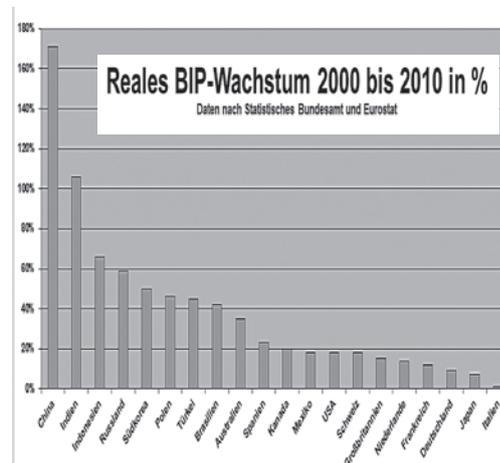
Deutlich wird der Aufholprozess der „Schwellenländer“ dieser Welt auch in einer Grafik über das reale (um den Preisanstieg bereinigte) Wachstum des BIP der oben genannten Staaten.

Noch deutlicher wird die Entwicklung, wenn man einmal annimmt, alle oben genannten Länder würden ein weiteres Jahrzehnt lang ihr wirtschaftliches Wachstum beibehalten. Angenommen, das wirtschaftliche Wachstum der oben genannten Länder bliebe bis 2020 genauso hoch wie im vergangenen Jahrzehnt, dann sähe die Gruppe der 20 größten Wirtschaftsmächte 2020 so aus: **Tabelle 2**

Die BRIC-Studie geht – abweichend von einer solchen linearen Verlängerung des Wirtschaftswachstums – davon aus, dass sich das Wachstum Chinas in Zukunft eher verlangsamt, das von Indien und Russland dagegen beschleunigt – ein Szenario, dass sich mit den aktuellen Planungen und Erwartungen der Regierungen beider Länder deckt (siehe Nachrichten, S. 25).

Ein erstes Fazit

Trotz der Unsicherheit solcher Szenarien bleiben ein paar Fakten der globalen



Entwicklung bestehen. Diese könnten, vorsichtig formuliert, etwa so lauten:

1. Die wirtschaftliche Dominanz weniger, reicher OECD-Länder ist erheblich schwächer geworden. Das gilt insbesondere für die größten Länder der Europäischen Union und Japan, die schon im vergangenen Jahrzehnt nur noch ein geringes reales wirtschaftliches Wachstum aufwiesen. Diese Feststellung bedeutet auch eine erhebliche Relativierung des hierzulande in schwarz-gelben Regierungskreisen vorherrschenden wirtschaftlichen Übermutts. Die mittelfristigen Zukunftsaussichten der bundesrepublikanischen Wirtschaft sind nicht günstig. Die deutsche Wirtschaft, ähnlich der in anderen großen EU-Staaten, steckt in einer strategischen Wachstumskrise. Wenn nicht erhebliche Anstrengungen, zum Beispiel bei der Modernisierung des Bildungswesens, gemacht werden, ist nicht nur 2012, sondern vermutlich auch in den darauf folgenden Jahren nur ein geringes wirtschaftliches Wachstum in Sicht. Eine Politik, die EU-weit eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums betreibt, wie das derzeit von Merkel & Co verfolgt wird, wird diese strategische Wachstumskrise nicht verringern, sondern vertiefen.

2. Der Aufholprozess einer großen Gruppe von Schwellenländern dürfte sich dagegen fortsetzen. Vieles spricht dafür, dass dieser Aufholprozess als „nachholende Modernisierung“ beschrieben werden kann. Das bedeutet: Diese Schwellenländer, allen voran China, schauen sich die Modernisierungserfolge und die technologischen Vorsprünge der reichen OECD-Staaten, allen voran die USA, an und machen diese weitestgehend nach, möglichst unter Vermeidung der Fehler, die sie bei den reichen OECD-Staaten beobachten. Einen solchen Versuch der „nachholenden Modernisierung“ hatte auch die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution eine Zeitlang versucht, indem sie US-Manager ins Land holte, das System des Taylorismus studierte, die Elektrifizierung vorantrieb usw. Eine solche Strategie geht so lange gut, wie es „modernere“ Industriegesellschaften gibt, an deren gesellschaftlichen Systemen, Bildungssystemen, Technologien

Hier die aktuelle Liste der 20 größten Wirtschaftsmächte, gemessen am Bruttoinlandprodukt. (Tabelle 1)

Staat	BIP in Mio. US-\$ 2010	BIP je Einw. 2010, US-\$	Bevölkerung 2011 in 1000*
USA	14.675.800	47.284	313.085
China	5.878.257	4.382	1.347.565
Japan	5.458.872	42.820	126.497
BRD	3.315.643	40.631	82.163
Frankreich	2.582.527	41.019	63.126
Großbritannien	2.247.455	36.120	62.417
Brasilien	2.090.314	11.828	196.655
Italien	2.055.114	34.059	60.789
Kanada	1.574.051	46.215	34.350
Indien	1.537.966	3.015	1.241.492
Russland	1.465.079	10.437	142.836
Spanien	1.409.946	32.030	46.455
Australien	1.235.539	55.590	22.606
Mexiko	1.039.121	9.566	114.793
Südkorea	1.007.084	20.591	48.391
Niederlande	783.293	47.172	16.665
Türkei	741.853	10.399	73.640
Indonesien	706.735	2.564	242.326
Schweiz	523.772	67.246	7.702
Polen	468.539	12.300	38.299
Welt			6.974.000

* (geschätzt, nach Stat. Bundesamt). Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (www.destatis.de)

Prognose 2020 (Tabelle 2)

Land	BIP in Mrd. Dollar (2020)
USA	17.317.444
China	15.941.764
Japan	5.840.993
BRD	3.614.051
Indien	3.168.210
Brasilien	2.968.246
Frankreich	2.892.430
Großbritannien	2.584.572
Russland	2.329.476
Italien	2.075.665
Kanada	1.888.861
Spanien	1.734.234
Australien	1.667.978
Südkorea	1.510.626
Mexiko	1.226.163
Indonesien	1.173.180
Türkei	1.075.687
Niederlande	892.954
Polen	684.067
Schweiz	618.051

sich das „nachholende“ Schwellenland orientieren kann. Je mehr dieser Aufholprozess abgeschlossen ist, muss eine andere, „suchende“ Innovationsstrategie an Stelle der alten Nachahmungsstrategie treten.

3. Grundlage der Aufholprozesse in den Schwellenländern sind erhebliche Klassenkämpfe in allen diesen Ländern, angetrieben von den Hoffnungen von Millionen, ja Milliarden Menschen, die genauso leben und arbeiten, genauso wohlhabend werden wollen wie die Bevölkerung in den reichen OECD-Ländern. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.

4. All das hat Folgen für den linken Diskurs, für linke Politik und Theorie. Die Theorie des Imperialismus, wie sie von Lenin entwickelt wurde, passt nicht mehr zu den heutigen Entwicklungen. Sie hatte ihre Berechtigung in einer immerhin mehrere Jahrzehnte umfassenden Zeitspanne des 20. Jahrhunderts. Die nicht nur auf der politischen Linken zu beobachtende Selbstgefälligkeit, es gäbe weltweit in den letzten Jahrzehnten „nichts wirklich Neues unter der Sonne“, sozusagen „nichts als Neoliberalismus, Rückschritt und Stagnation“, womöglich noch verbunden mit der Hoffnung auf eine Rückkehr zu den „goldenen 70er Jahren“ des vergangenen Jahrhunderts: eine solche These widerspricht und ignoriert Lebenserfahrungen von Milliarden Menschen. Die Welt hat sich kolossal geändert in den letzten dreißig Jahren. Sie wird sich in den kommenden Jahren noch mehr verändern. Die hierzulande leider in Teilen der Bevölkerung verbreitete, satte Verachtung für wirtschaftliches Wachstum, verbunden mit einer fast ignoranten Skepsis gegenüber neuen Technologien, sollte nicht auch noch von Linken gepflegt werden. Neugier, Aufgeschlossenheit gegenüber Änderungen auf der Welt, auf technologische ebenso wie wirtschaftliche und gesellschaftliche Änderungen und Aufholprozesse, wäre besser. Sie wäre auch internationalistisch. Die manchmal unangenehm deutschümelnd daher kommende Verachtung für den „angelsächsischen Kapitalismus“ (bzw. „Neoliberalismus“), für Gesellschaften also, an denen sicher viel zu kritisieren ist, die bei Themen wie Mobilität und Migration aber deutlich offener sind als die deutsche Gesellschaft, die erstaunliche Geringschätzung von globalen Menschenrechtsthemen wie der Respektierung der ILO-Kernarbeitsnormen (Verbot von Kinderarbeit und Sklaverei, Verbot der Frauendiskriminierung, Koalitions- und Streikrecht) – das passt nicht zu moderner linker Politik. Linke Politik sollte die universale Geltung von Menschenrechten und die enormen Klassenkämpfe, die weltweit für ein besseres Leben geführt werden, ernst nehmen. Rüdiger Lötzer

Aus der Parteidiskussion der Linken

Den eigenen Weg gehen

Wir, Die Linke, sind anders als alle andern Parteien. Das ist ein politisches Statement, keine Beschreibung unserer Eigenart als Partei. Jenseits aller Abgrenzungsrhetorik, die ihren Platz und Zweck in der massenmedialen Auseinandersetzung ebenso wie in der innerparteilichen Willensbildung haben mag, sind es zwei politische Grundideen, durch deren beharrliche Verfolgung wir vor allem uns von unsern politischen Konkurrenten unterscheiden:

Wir sind ERSTENS entschieden der Überzeugung, dass das *Lohnarbeitsverhältnis* in doppeltem Sinne zentral für die Verhältnisse, unter denen wir leben, ist. Einmal, weil Erwerbsarbeit für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung *der* zentrale Integrationsmodus der Individuen in die Gesellschaft ist. Und dann auch, weil es zugleich jene Abhängigkeits- und Machtverhältnisse konstituiert, die das Maß an Freiheit, das eigene Leben zu gestalten, bestimmt.

Die gerechtere Gestaltung der Lohnarbeit, also der Kampf um den gerechten Anteil am Gewinn, ist darum ein zentrales Anliegen der Linken. Das reicht vom Kampf gegen puren Betrug durch Dumpinglöhne, Leiharbeit usw. über die Wiederherstellung der Kopplung aller Löhne an den Produktivitätsfortschritt und Lohnsteigerungen bis hin zur Forderung nach einem Anteil am reinvestierten Gewinn – Belegschaftseigentum. Dass die Fragen der unmittelbaren Arbeitsgestaltung darin einbeschlossen sind – gute Arbeit – versteht sich.

Wir sind ZWEITENS der Auffassung, dass das europäische *Sozialstaatsmodell* zur Absicherung der Lebensrisiken – Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit ebenso unverzichtbar ist wie für die Sicherung des Zugangs aller zu Bildung, Kultur, Sport, die Garantie einer modernen Infrastruktur sowie der inneren und äußeren Sicherheit. Darum kämpft die Linke für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, den freien Zugang zu Bildung und Kultur, die Versorgung aller mit Wohnraum, Energie, Wasser, für Mobilität sowie für die Sicherheit der hier lebenden Menschen.

Mit Blick auf die Frage, wie gesellschaftliche Integration in Freiheit und Würde, also selbstbestimmte, freie Lebensgestaltung für alle und jeden möglich sind, antworten wir, indem wir ein entsprechendes Erwerbseinkommen fordern und entsprechende

Ansprüche und Anrechte für alle und jeden an den Sozialstaat verlangen. Der gesellschaftliche Aushandlungs- und Regulierungsprozess dafür ist die Demokratie, diese ist nach unserer Auffassung zu verbessern, um die beiden genannten Ziele zu erreichen.

Aus der Erfahrung heraus, dass weder Erwerbsarbeit noch (Sozial-)Staat dauerhaft zu dieser Leistung in der Lage sind, eine Erfahrung, die wir mit Millionen Menschen teilen, hat Die Linke besonders seit Beginn der großen Krise 2008 immer stärker *ein DRITTES neben Sozialstaat und Lohnarbeitsverhältnis* hervorgehoben, welches *neben* diesen beiden Säulen unsres Gesellschaftsmodells Integration und freie Lebensgestaltung sichern kann: Die *Gemeingüter* und den Umgang mit diesen.

„Viele Politikerinnen und Politiker neigen dazu, die Marktordnung nach Adam Smith für alle privaten Güter und den Leviathan des Thomas Hobbes – den wir heute als ‚sovereänen Staat‘ kennen – für alle gemeinschaftlich genutzten Güter zu empfehlen.“ (Elinor Ostrom)

Die Linken haben dies nie so getan. Immer wurden andere Formen gemeinschaftlichen Eigentums, genossenschaftliche etwa, ergänzend genannt. Dennoch, zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des so genannten Realsozialismus, getragen von den Erfahrungen neuer Generationen mit dem Web 1.0 und 2.0 und hervorgerufen durch die Krise in andere Generationen hinein und über den Erdball, drängen Praxen des Teilens, Erfahrungen der gemeinschaftlichen Nutzung von Ressourcen – und eben die bereits genannte Einsicht, dass es weder Markt noch Staat schaffen, allein nicht und nicht zu zweit, ein Leben in Würde zu sichern, die Frage der Gemeingüter in die Öffentlichkeit, im Wortsinne, auf die Straßen und Plätze. Wir sollten diese Herausforderung annehmen und unsere Forderungen und Vorschläge zum Teilen, zum Öffentlichen, zu Gemeingütern, die es als solche endlich zu schaffen gilt, bündeln. Nur so, auf den drei Säulen des Sozialstaates, der Erwerbsarbeit und der Gemeingüter stehend, wird unsere Gesellschaft wieder ins Gleichgewicht und damit zu Stabilität und einer gerechten Ordnung finden.

Das ist unser Weg, unser neuer, eigener Weg.

Dr. Harald Pätzolt, 7.11.2011

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Leiharbeitsvertrag allgemeinverbindlich • Gemeindebund für mehr Kitas, gegen Betreuungsgeld • „Hedonistische“ Inflationsraten • Gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik 2012 • Massaker in Roboski (Qilaban) – Uludere/Sirnak

Der Fall Wulff – ein Fall von „Bild“

Polens Außenminister Sikorski für vertiefte EU-Integration

Nachbarschaftspolitik und östliche Partnerschaft

Auslandsnachrichten

Hungerlöhne und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen • Italien: „Ich will FIOM bei Fiat“ • Britische Gewerkschaft droht BMW mit Arbeitskampf • Türkei: Ungerechte Gefängnisstrafe für Gewerkschaftsaktivist/innen • Argentinien: Arbeitsrechte in der Landwirtschaft gestärkt • China: Streik bei Apple- und IBM-Lieferanten • Kasachstan: Polizei richtet Massaker unter Ölarbeitern an

Aktionen ... Initiativen

Kinderrechte kennen keine Herkunft!
• Offener Brief zur Polizeigewalt in Dessau • Aktionen für Frieden in Afghanistan • 50 000 Einsprüche gegen AKW-Bau in Polen • Neue Kampagne der VVN für NPD-Verbot • Schwerpunkte der Friedensbewegung 2012 • 21 Volksbegehren und -initiativen Ende 2011 • Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal endgültig verhindert

Für ein Deserteurs-Denkmal in Hamburg

Urteil Erhöhung der Mietobergrenzen

Piratenpartei – wirklich nur Konkurrenz?

Kommunale Politik

Wo bleibt die sozialpolitische Verantwortung der ABG Frankfurt Holding GmbH? Frankfurt a.M. • Haushaltsanträge der Linken ergebnisneutral – Kulturförderabgabe soll eingeführt werden: Braunschweig. • Gewebesteuer anheben anstatt Mieter zur Kasse bitten! Hannover. • Gelenkter Haushalt: Kein Sozialabbau durch „freiwilliges“ Spardiktat! Bochum. • Gutscheinpraxis in der Stadt Oldenburg: Oldenburg. • Keine frohe Weihnachtskunde: Essen. • Grüne hebeln demokratische Entscheidung aus: Köln.

Armut verfestigt sich

IG Metall: Niedriglohnssektor drückt die Lebenserwartung
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011

Wirtschaftspresse

VR China und USA: Partner und Rivalen

Globalisierung und linker Diskurs

Den eigenen Weg gehen

Lesenswert: „Osteuropanachrichten“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das Referat Ost, Mittel- und Südosteuropa der Rosa Luxemburg Stiftung gibt die Mailzeitung „Osteuropanachrichten“ heraus, die für alle, die sich für die politischen Entwicklungen der Linken und aus Sicht der Linken in diesem Teil Europas beschäftigen, viele interessante Aufsätze enthält. In der vierten Ausgabe der Osteuropanachrichten, erschienen zum Jahreswechsel, sind Analysen und Berichte zu folgenden Themen enthalten:

- *Armut in Polen:* Piotr Ikonowicz, Sejm-Abgeordneter und Experte für Sozialpolitik, analysiert die polnische Sozialpolitik vor dem Hintergrund der im November in Warschau organisierten Rosa Luxemburg Konferenz „Ein würdiges Leben – gegen Armut und die Zerstörung der natürlichen Umwelt“.
- *Nachbarschaftspolitik und östliche Partnerschaft.* Wie entwickelt sich die Osteuropapolitik der Europäischen Union? Anna Striethorst widmet sich der Frage, welche geopolitischen Strategien der Osteuropapolitik der Europäischen Union zugrunde liegen. (diesen und den folgenden Aufsatz haben wir auf Seite 5 dieser Ausgabe der Politischen Berichte abgedruckt).
- *Polens Außenminister Sikorski für vertiefte EU-Integration:* Joanna Gwiazdecka berichtet über eine europapolitische Kontroverse in Polen.
- *Viel Lärm um nichts?* Eine Analyse der russischen Staatsdumawahlen. Von Wladimir Fomenko, Büro Moskau, Rosa Luxemburg Stiftung.
- *Kroatien wählt den Wandel:* Krunoslav Stojakovic widmet sich den vergangenen Parlamentswahlen in Kroatien und den Potentialen für einen linken Politikwechsel

nach dem Sieg der kroatischen Sozialdemokraten.

- *Praxis. Kritik und humanistischer Sozialismus:* Krunoslav Stojakovic berichtet über die Konferenz zur jugoslawischen „Praxis“-Philosophie und der „Somerschule auf Korcula“.
- *Was ist links in Osteuropa?* Michael Glaß über die Ergebnisse der Rosa Luxemburg Konferenz zu Problemen und Potentialen der osteuropäischen Linken.
- *Atomenergie – die Gretchenfrage der bulgarischen Linken:* Ivo Georgiev berichtet über die eigenwillige Atompolitik der bulgarischen Linken.
- *Sicherheit und Stabilität in Zentralasien:* Zeit für neue Konzepte. Tiina Fahrni berichtet von der Afghanistan-Konferenz, die Ende November in Duschanbe in Zusammenarbeit zwischen der Rosa Luxemburg Stiftung und dem Zentrum für Strategische Forschung in Tadschikistan organisiert wurde.

Die Zeitschrift sowie Nachrichten über Osteuropa können als Newsletter abonniert werden unter: <http://lists.rosalux.de/mailman/listinfo/osteuropa-info>

OSTEUROPA NACHRICHTEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN
DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

ANALYSE

ARMUT IN POLEN

Auf der internationalen Tagung «Ein würdiges Leben – gegen Armut und die Zerstörung der natürlichen Umwelt», die Ende November 2011 in Warschau stattfand und durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurde, kam es zu einer Belebung der Diskussion um die Armut in Polen und die Möglichkeiten, sie zu bekämpfen.

Ausgangspunkt war die Diagnose, die im Bericht von «Social Watch» im Zusammenhang mit dem zurückliegenden Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorgelegt wurde. Die Diskussion unterstrich die Notwendigkeit der weiteren Arbeit an einer sachlichen Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Situation, da in der Flut von einzelnen Statistiken die Gefahr besteht, dass ein genaues Bild dieser Situation eher verwisstert wird. Bei den meisten Ausarbeitungen zu diesem Thema überwiegt ein bereits vorher festgelegter optimistischer Grundton, denn die Erfolge auf der makroökonomischen Ebene sollen nicht in Frage gestellt werden. Eigentlich wird in der Tendenz alles dem Wachstum des BIP pro Kopf, bei dem Polen im Vergleich zu anderen EU-Ländern durchaus achtbar abscheidet, untergeordnet.

Dabei ist die Armut und die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich nicht nur eine Tatsache,

Nr. 4 / Dezember 2011

Inhalt	
ANALYSE	
ARMUT IN POLEN	1
NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT	3
POLENS AUßENMINISTER SIKORSKI FÜR VERTIEFTE EU-INTEGRATION	6
VIEL LÄRM UM NICHTS?	7
KROATIEN WÄHLT DEN WANDEL	9
BERICHTE	
PRAXIS. KRITIK UND HUMANISTISCHER SOZIALISMUS	11
WAS IST LINKS IN OSTEUROPA?	12
ATOMENERGIE - DIE GRETCHENFRAGE DER BULGARISCHEN LINKEN	15
SICHERHEIT UND STABILITÄT IN ZENTRALASIEN	17
TOMMM - ERINNERN	19
ZUM NACHLESEN	20
Kontakte und Impressum	

Objektive Faktoren der Verarmung in der Gesellschaft

Vorankündigung Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 31. März/1. April 2012 in Köln

Der ursprüngliche geplante Veranstaltungsort in Mannheim musste geändert werden, da sich der Umbau der dortigen Jugendherberge verzögert. Wir treffen uns wie im Vorjahr in Köln am Wochenende vor Ostern.

Die Übernachtung wird wie im Vorjahr in der Jugendherberge Köln-Deutz stattfinden, die Versammlungsräume befinden sich ebenfalls wie im Vorjahr im nahegelegenen Gebäude des Landschaftsverbands Rheinland.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 9. Februar 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 3. Februar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 9. März, 5. April, 3. Mai, 31. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 6. September, 5.- Oktober,